



Wittgerit und Rabbertn, die Feizer Schilling, Gille, Kronenberg, Sartorius, Jürgens, Offe, Weder, Silheim, Schwarz, Weder, Christian, Herzen und Rahn.

Deutsches Reich.

Sie geben keine Ruhe.

Der Vorsitzende der dritten Dresdener Strafkammer hat vor kurzem, als er ein besonders scharfes Urteil gegen einen Arbeiter befandete, der sich gewisser Ausdrücke gegen einen Arbeitswilligen schuldig gemacht hatte, ausgerufen: man komme mit den bestehenden Gesetzen gegen den sogenannten Mordanschlag ganz auf aus, da ja darin mehrjährige Gefängnisstrafe angedroht ist.

Tiefe Ermahnung, die bestehenden Möglichkeiten zur weiteren Einschränkung der Realisationsfreiheit der Arbeiter mehr auszunutzen, ist ein Hinweis für die Abmilderung, die der Richter der Verbüßungsgegnung entgegenbringt. Aber der Vorsitzende ist der Ansicht, dass die Strafkammer noch viel zu mild. Vor allem es sei keineswegs, daß man auf Grund des bestehenden Rechts strafwürdige Strafen über Straftäter verhängen kann, sie beharrt auf ihrem Verlangen nach weiterer Verschärfung der Bestimmungen.

Schwer das Strafmaß in diesem Falle hinreichend hoch zu sein, so wird es geschwächt durch ungewisse abweichend wirkende, weil die Praxis sowohl der Schöffengerichte als auch der Strafkammern im allgemeinen eine andere zu sein pflegt. Der Wunsch, daß man mit den jetzigen Bestimmungen gegen den Terrorismus ganz gut auskomme, können wir also keineswegs beistimmen. Denn die mehrjährige Gefängnisstrafe anzusetzen, oder die Richter machen von dieser Strafe nur höchst selten Gebrauch. Und ebensowenig wie auf ein hohes Strafmaß zu rechnen ist, darf man erwarten, daß die Strafsprachen sich mehrern werden. Wenn gesetzliche Bestimmungen feststehen oder erlassen würden, die die terroristischen Straftäter, insbesondere die auf Mordanschlägen und Arbeitsunruhen gerichteten, genauer präzisieren und dem Richter ein festes Urteil eines verhältnismäßig geringeren Strafmaßes geben, dann könnte man mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß den Straftätern die Last am Terrorismus recht rasch genommen werden würde.

Dem konservativen Organ assistiert neuerdings wieder ein nationalliberales. Der Schwäbische Kurier schreibt über die Haltung der Regierung zu dem Antrag auf Verbot des Streikpostens:

Nach all den Ausgebungen des letzten Jahres und insbesondere nach dem neutralen Verlauf des Jahresjahres kann die Regierung nicht darüber im Zweifel sein, daß die Reichstagsmehrheit hier nicht die Meinung des verlässigen Bürgertums zum Ausdruck bringt. Was in weiten Kreisen verstanden wird, ist die fähige Verneinung der Anerkennung eines Bedürfnisses, auf das von den Ministern des Reichstages der Reichstagsmehrheit nicht die Meinung des verlässigen Bürgertums zum Ausdruck bringt. Was in weiten Kreisen verstanden wird, ist die fähige Verneinung der Anerkennung eines Bedürfnisses, auf das von den Ministern des Reichstages der Reichstagsmehrheit nicht die Meinung des verlässigen Bürgertums zum Ausdruck bringt.

Ein nationalliberales Blatt verlangt also, die Regierung solle sich um die Mehrheit des Reichstags — und es ist in diesem Falle beinahe eine sehr bedeutende Mehrheit — den Teufel klammern und sich bei der Einbringung ihrer Gesetzesvorlagen nach dem Diktat der Interessengruppen richten. Vielleicht aber hat der Schwäbische Kurier noch mehr als die Regierung seine eigenen Parteifreunde im Auge, die die Angst vor der Abrechnung bei Neuwahlen bis jetzt daran gehindert hat, ihrem innersten Verlangen nachzugeben. Die Interessenten, die über den großen Geldbeutel verfügen, geben die Hoffnung nicht auf, die nationalliberale Fraktion des Reichstags umstimmen zu können.

Keine Garnisonen.

Vor wenigen Jahren noch hatten die kleinen Garnisonen in Deutschland keinen sehr guten Ruf. Ein Buch, das damals viel gelesen wurde, hatte ihnen diese Veringschätzung eingebracht. Am Mittwoch war von ihnen im Reichstag in einem viel harmloseren Sinne die Rede. Die Konservativen haben den Einfall gehabt, die Verlegung von Garnisonen in kleinere Orte zu verlangen, offenbar in der Meinung, daß sie auf diese Weise billige Agitation für ihre Politik betreiben können, die sie durch größere Maßnahmen namentlich wirtschaftlicher Art gehörig in Mitleidenschaft gebracht haben. Den Antrag begründete ein ganz neuer Mann der Konservativen, Herr v. Klemm, der an Stelle des verstorbenen Herrn v. Hornmann in den Reichstag eingezogen ist. Der konservative Redner sammelte zuerst einige aufmerksame Zuhörer, die den neuen Redner kennen lernen wollten. Sie verzogen sich indessen bald, als sie merkten, daß der Herr viel weniger durch die Originalität seiner Anschauungen oder durch die Kraft seiner Rhetorik als durch den auffälligen Reiz seines hellgrauen Anzugs anfiel. Herr v. Klemm sprach von der Verführung der Großstadt, die nicht nur sittliche Gefahren, viel schlimmer noch: die Gefahr sozialdemokratischer und antimilitärischer Agitation birgt! Dabei war er edelmütig oder couragiert genug, die wer weiß wie oft widerlegte Entstellung der bekannten Pariser Rede Scheidemanns erneut vorzubringen.

Was er, der für uns sprach, belohnte ihn dafür durch eine Charakteristik, die in ihrer Knappheit von wirkungsvoller Deutlichkeit war. Unser Redner entwickelte die wahren Gründe des konservativen Antrags und wies den Antragsteller nach, daß sie die Not der Landstädte durch eine andere Wirtschaftspolitik und die Landstädte durch Schaffung besserer Existenzbedingungen und des Kooperationsrechts für die Landarbeiter viel eher befähigen könnten als durch beratige Vorschläge. Selbstverständlich wandte er sich gegen die Schaffung der kleinen Garnisonen, die nur einer interessierten Minderheit dienen würden, den Ort und die Steuerzahler aber erheblich schädigen müßten. Mit einzelnen Anregungen konnte sich auch unsere Fraktion auseinandersetzen, um so mehr, als sie schon früher von uns vertreten worden sind. Von den Rednern der anderen Fraktionen sei der Fortschrittler W e i n h a u s e n genannt, dessen Fraktion die kleinen Garnisonen nicht ablehnen

wollte, der aberzugeben mußte, daß der Ursprung des Antrags in rein agitatorischen Bedürfnissen liege.

Nach Annahme des Antrags wurde eine Reihe von Beitritten erledigt. Bei der Beitritt des Zentralvorstandes der Arbeiterkolonie, die die Bundesstaaten zur Fürsorge für wandernde Arbeitssuchende verpflichtet wissen will, traten die Genossen J h o n e und B e r n s t e i n für eine allgemeine Arbeitslosenversicherung als das gründlichere und bessere Mittel ein. Eine längere Debatte entstand noch über die Beitritt auf Abänderung der Eidesformel, und zwar auf Befestigung ihres konfessionellen Charakters. Entgegen dem Vorschlag unserer Fraktion wurde Uebergang zur Tagesordnung beschlossen. Wenigstens glaubte das Bureau, eine Mehrheit für diese Anschauung feststellen zu können.

Die Staatszuschüsse für den Jungdeutschnachwuchs in Württemberg.

Dem sogenannten Landesauschuss für Erziehungsangelegenheiten des Jungdeutschnachwuchs des Jungdeutschnachwuchs waren bisher 4000 M. jährliche Unterstützung aus Staatsmitteln angewiesen. Bei Beratung des Landesauschusses im Finanzauschuss der württembergischen Zweiten Kammer beantragten unsere Genossen, diese 4000 M. zu streichen, dagegen die sonstigen Aufwendungen für Jugendpflege um 1000 M. zu erhöhen und auch den Jugendorganisations der freien Gewerkschaften Beiträge zu gewähren. — Genosse H e n n m a n n kennzeichnete bei Begründung des Antrags die ganze Erziehungsmaßnahme des Jungdeutschnachwuchs. — Vom Zentrum und Bauernbund wurde beantragt, auch den konfessionellen Jugendvereinen Staatsunterstützung zu gewähren. Auch hierzu setzten unsere Genossen den Unterantrag, die Jugendorganisations der freien Gewerkschaften in derselben Weise zu berücksichtigen. — In der Debatte erkannte der Staatsminister an, daß die freien Jugendorganisations schon nützlich gewirkt hätten durch Verhinderung des Alkoholmisses und durch Milderung der Körperübungen; wenn sie aber finanzielle Unterstützung wünschten, sollten sie sich dem Jungdeutschnachwuchs anschließen, meinte der Minister nach. Darauf setzten unsere Genossen natürlich die Antwort nicht schuldig. — Der sozialdemokratische Hauptantrag war auch der Unterantrag wurden gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt, worauf unsere Genossen mit den Volksparteiern und Nationalliberalen zusammen die Verwirklichung der konfessionellen Jugendvereine ablehnten, die auch der Staatsminister bekaufte. Aus dem über diesen Widerstand stimmten hierauf Zentrum und Bauernbund mit unseren Genossen gegen die ganze Position was zur Folge hatte, daß der ganze Betrag von 10 000 M., der für Jugendpflege vorgesehen war, gestrichen wurde.

Wenn das Plenum nicht noch anders beschließt, wird die mordschändliche Jugend Württembergs auf den Gehuß von Staatsgeldern in Zukunft verzichten müssen.

Trennung von Staat und Kirche.

In Schwarzburg-Rudolstadt Landtag stellte am 4. März gelegentlich der Statoberrung Genosse Hartmann die Frage an die Regierung, ob in absehbarer Zeit dem Landtag ein Gesetz über Trennung der Kirche vom Staat vorgelegt werde. Die Regierung stellte ein solches Gesetz in Aussicht. Der Landtag bewilligte die entsprechenden Gelder für die Kirchen, hingegen lehnte er alle geforderten Mehraufwendungen für die Kirche ab. In nächster Zeit soll dem Landtage auch ein neues Volksrechtsgesetz unterbreitet werden. Für die Strafkammer, Waldwälder und Forstarbeiter bewilligte der Landtag ganz erhebliche Vorschläge. Die Verabschiedung der neuen Beamten- und Lehrerbildungsvorlage erfolgt in den nächsten Tagen.

Keine starke Steigerung der einmaligen Abgabe. Die Berliner Sozialisten Nachrichten teilen mit, daß von einer angeblich starken Progression der einmaligen Vermögensabgabe keine Rede sein könne. Bestimmungen der Steuerläge seien nur am Platze, wo es sich um dauernde Steuerleistungen handele. Alle Zahlen, die bis jetzt angegeben worden sind, beruhen lediglich auf Kombinationen.

Nach mehr Tausend. Der Gesamtverband des deutschen Lehrvereins ist am Sonntag den 8. März in einer Sitzung einberufen worden. Es handelt sich um Verabschiedung der Stellung des Vereins zur kommenden Lehrerbildung, die der Verein auf das letztjährige zu unterziehen gedenkt.

Eine Ministerkonferenz. Die leitenden Minister aller deutschen Bundesstaaten werden sich, wie die N. N. C. hört, am Sonntag in Berlin versammeln, um gemeinschaftlich die Abereinbarung ihrer Regierungen in der Frage der Lösung der neuen Steuerforderung zum Ausdruck zu bringen.

Der kaiserliche Gutsverwalter auf Gabeln hat noch keine Ruhe. Wie der Weltliche meldet, hat der Vertreter der Herrschaft Gabeln gegen das dem Richter günstige Urteil der Strafkammer des Obinger Landgerichts in der Klage gegen den Richter des Gabelner Vorworts Rehbeg, Herrn Zohst, Verurteilung eingeleitet.

Keine politische Nachrichten. Der konservative Reichstagsabgeordnete von Coppenst. Vertreter des Wahlkreises Cb und West-Sternberg, ist gestorben. — Durch familiären Erfolg ist nunmehr der spanische Militärluftschiffbau, dienst organisiert und in zwei Abteilungen, Luftschiffbau und Militär, geteilt worden. — Leutnant Despierre von der geüblichen Abteilung des Kriegsministeriums ist bei dem Schiffsbau in Alger in seinem Amt von Eingeborenen erschossen worden. Wahrscheinlich ist die Tat aus Rache geschehen, weil Despierre gegen gewisse Gebräuche der Araber, die er nicht konnte, verstoßen hat. — Zahlreiche Stämme der Tobla haben am 3. März das Lager bei Cudjame angegriffen. Oberst Manjün umfing den Feind, während von anderer Seite die Garnison anrückte. Die Darks wurde dezimiert und ergriff die Flucht, zahlreiche tote zurücklassend. Auf Seiten der Franzosen wurden 14 Soldaten verwundet, davon 11 leicht.

Ausland.

Amerika.

Der Außenhandel der Vereinigten Staaten.

Nach amtlicher Aufstellung haben Ein- und Ausfuhr der Union seit Beginn dieses Jahres sich wie folgt entwickelt (Zahlen in Millionen Dollar):

Table with columns: Jahr, Rohmaterial für Industrie, Rohmaterial für Fabrikate, Fertigfabrikate, Summe. Includes sub-tables for I. Einfuhr and II. Ausfuhr.

Der Gesamt-außenhandel hat sich in dieser Zeit von 2262 Millionen (rund 9500 Millionen Mark) auf 4140 Millionen (17 390 Millionen Mark), d. h. um 83 Prozent, erhöht, wobei die eine wesentliche geringere Zunahme der wirklich ausgeführten Warenmengen übrig läßt, zu berücksichtigen ist. Dabei ist die Zunahme der Einfuhr weit größer als die der Ausfuhr. Während 1900 die Ausfuhr um 612 Millionen — 74 Prozent höher war als die Einfuhr, war dieser Ueberschuß 1912 noch 570 Millionen — 32 Prozent. 1910 war er gar nur 271 Millionen — 17 Prozent gewesen.

Bemerkenswert ist dabei die veränderte Zusammensetzung dieses Handels, aus der die immer sicherere Entwicklung aus dem Agrar- zum Industriestaat deutlich hervorgeht. In der Einfuhr hat der Anteil der Rohstoffe und der Halbfabrikate zur gewerblichen Weiterverarbeitung sich von 46 auf 52 Prozent erhöht, während der Anteil der Lebensmittel und der Fertigfabrikate um 3 Prozent zurückging. Doch bedeutet bei der sofalligen Steigerung der Einfuhrwerte der relative Rückgang immer noch eine absolute Vermehrung fast auf das Doppelte. Noch weit kennzeichnender ist die Entwicklung der Ausfuhr. Hier zeigen die Lebensmittel usw. gar eine absolute Abnahme um 82 (1910 um 197) Millionen, wodurch ihr Anteil von 37 auf 20 Prozent sank. Dagegen weisen die Halb- und Fertigfabrikate weit mehr als eine Verdopplung auf, ihr Anteil eine Steigerung von 34 auf 47 Prozent! Vergleicht man Ein- und Ausfuhr, so findet man, daß bei den Warengruppen, wo 1900 die Einfuhr nur 43 Proz. der Ausfuhr betrug, sich eine etwa gleiche Höhe beider Posten am Ende der Periode ergibt. Auch die Einfuhr der Rohstoffe und Halbfabrikate ist der Ausfuhr der gleichen Stoffe prozentual näher gerückt, während bei den Fertigfabrikaten der Ueberschuß der Ausfuhr mit Kleinschritten von 58 auf 85 Prozent der Einfuhr, abfolgt von 122 auf 345 Millionen gestiegen ist. „Nicht ein großer Nahrungsmittelerport“, sagt dazu das deutsche Generalkonsulat in New York, „ist die Union nunmehr ein großer Fabrikant. Die Ausfuhr an Weizen und Wehl daraus wird 1912 nur rund 100 Millionen Bushels (zu 30 Hilo) erreichen gegen doppelt soviel vor 10 Jahren. Die Stückzahl und der Wert der Viehausfuhr ist in den letzten 8 Jahren um mehr als Neunzehntel zurückgegangen. Der Rest nach führen die Vereinigten Staaten jetzt fast ausschließlich ein als sie exportieren. Die Ausfuhr von frischem Rindfleisch ist von 325 Millionen Bushels (zu 54 Gramm) gefallen. Selbst in Weizen, wovon immer noch beinahe dreimal soviel erzeugt wird als im Rest der Welt, wird die Ausfuhr 1912 nur umgefahr 30 Mill. Bushels gegen 190 Millionen im Jahre 1900 erreichen.“

An der Spitze der Einfuhrartikel stehen: Kaffee mit 135, Zucker 125, Häute und Felle 120, Gummi 110, Chemikalien 95, Seide 75 Millionen — der Ausfuhrartikel: Rohbaumwolle 625, Eisen- und Stahlwaren 290, Prestelwolle 150, Fleisch 145, Kupfer 120, Mineralöl 110, Holz und Holzwaren 105 Millionen. — Unter den Ausfuhrländern stehen die Vereinigten Staaten an zweiter Stelle. 1911 führten den heimischen Waren aus: Großbritannien für 2210, Vereinigte Staaten für 2002, Deutsches Reich für 1929 Millionen Dollar. Dabei rückt das Deutsche Reich immer näher heran. Während seit 1901 die Union ihre Ausfuhr um weniger als 50 Prozent erhöhte, war die Steigerung beim Deutschen Reich mehr als 75 Prozent. Für 1912 ist dieses nur noch um rund 10 Millionen im Monat hinter der Union zurück. Der Export der Vereinigten Staaten steigt hauptsächlich in Artikeln, deren Erzeugung und Verteilung in weitem Maße in der Hand großer Geschäftsorganisationen liegt. . . . und verkaufen nötigenfalls mit Verlust, um ihre Waren einzuführen. Dieses Verfahren hat Erfolg.

Russland.

Zwei Millionen des Untzaren.

Petersburg, 5. März. Die Annahme zum Romanow Jubiläum wird durch ein kaiserliches Dekret bekannt gegeben. Die Anzahl der vollständigen Straftäter für alle, im Gefängnis oder Überflut verurteilten, oder in Untersuchung stehenden Personen, auf deren Vergehen keine höheren Strafen stehen. Ferner wird eine Vollstreckung für Freigebirgen und Kaiserlichkeitsbegünstigung gewährt. Alle Verurteilten erhalten ein Drittel ihrer Strafe erlassen.

Warum der Generalstreik abgefragt wurde.

Von unserem Korrespondenten.

th. Wien, 5. März. Der Aufruf der Parteileitung der ungarischen Sozialdemokratie, der den Generalstreik vorträgt, hat allenfalls großes Aufsehen erregt. Noch am Abend vorher haben die Nachrichten den Eintritt des Kampfes als unvermeidlich erschienen. Doch wird man dem entscheidenden Satz des Aufrufs zustimmen müssen: nur wenn die Revolution im Parlament und auf der Straße zugleich ausbrach, dürfte das hohe Spiel gespielt werden. Da die bürgerliche Opposition nicht, wie man erwartet hatte, im Laufe stürzte, sondern mit einer ruhigen Verwahrung sich begnügte, wäre die Eröffnung des Generalstreiks nutzlos und vergeblich gewesen. Während draußen das Blut der Arbeiter floß, wäre indessen im Hause der Gegenstand ihres Kampfes jeder Beeinflussung durch das Volk entrückt worden.

Weshalb haben nun aber die Oppositionellen im Parlament die Taktik der Ruhe statt der Taktik des Sturmes gewählt? Die ungarische Parteileitung billigt ihnen „sehr wichtige und ehrenwerte Gründe“ zu. In der Tat wird erzählt, daß es in der letzten Sitzung der Opposition sehr stürmisch zuging. Die Anhänger der Gewalttätigkeit warfen sich jedoch, als Graf Andrássy, jetzt der geistige Leiter der Opposition, mit großer Emphase ausrief: nur wenn es sich darum handeln würde, sein Leben für die Befreiung zu opfern, habe es einen Sinn, im Abgeordnetenhaus Gewalttätigkeiten zu begehen. Er sei dazu bereit. Andrássy ist ein leidenschaftlicher Mensch, ein Mann der Rufe und des Geistes. Wie leicht war es ihm unerträglich, im Abgeordnetenhaus gefährliches Kabare zu machen und dadurch den Arbeitern den Zwang aufzuerlegen, sich draußen in die Mannhühnergehege zu fügen. Dabei ist Andrássy der Meinung und hat sie auch in der letzten Sitzung der Opposition ausgesprochen, daß das Stabilität des Lafacs im Laufe eines Monats seinen Posten verlassen wird. Er will eine Mitteilung dieser Art befehlen. Man muß doch fragen, warum haben die führenden Gruppen





Sächsische Angelegenheiten.

Ablieferung von Leichen zu wissenschaftlichen Zwecken. Seit einigen Monaten ist in Sachsen das Gesetz über die Ablieferung von Leichen zu wissenschaftlichen Zwecken in Kraft...

Das aber haben die Gesetzgeber, vor allem nicht die sozialdemokratischen Abgeordneten, niemals gewollt: das widerstrebt auch den von der Regierung hierzu abgegebenen Erklärungen...

Der § 1 besagt: Menschliche Leichen, deren Bestattung nicht von Angehörigen, Erben, Vermächtnisnehmern oder anderen...

Diese Regierungsfolgen sind aber in der Ausführungsbekanntmachung nicht erfüllt worden. Man ist vielmehr bemüht, die Leichen in denen Leichen aus besonderen Gründen nicht abgeliefert zu werden...

Die Anwendung der Bestattungsgesetze (die Unterlassung der Ablieferung aus besonderen Gründen) ist im wesentlichen auf solche Fälle zu beschränken, wo es annehmbar auf Zufälligkeiten...

Die Interesslosigkeit wird hier allerdings herangezogen, sie sollte aber der ablehnende Grund zur Ablieferung der Leichen sein. Dann würde vermieden, daß man Gefühle armer Kinder und Eltern verletze...

Die Interesslosigkeit wird hier allerdings herangezogen, sie sollte aber der ablehnende Grund zur Ablieferung der Leichen sein. Dann würde vermieden, daß man Gefühle armer Kinder und Eltern verletze...

Die Interesslosigkeit wird hier allerdings herangezogen, sie sollte aber der ablehnende Grund zur Ablieferung der Leichen sein. Dann würde vermieden, daß man Gefühle armer Kinder und Eltern verletze...

Die Interesslosigkeit wird hier allerdings herangezogen, sie sollte aber der ablehnende Grund zur Ablieferung der Leichen sein. Dann würde vermieden, daß man Gefühle armer Kinder und Eltern verletze...

Die Interesslosigkeit wird hier allerdings herangezogen, sie sollte aber der ablehnende Grund zur Ablieferung der Leichen sein. Dann würde vermieden, daß man Gefühle armer Kinder und Eltern verletze...

Der Geist im Jugendstumpfe.

Als sich am Donnerstag infolge besonderer Einladung in Reichenberg bei Dresden im Beisein eines Regierungsverträtters eine Anzahl Pastoren, Lehrer und andere Staatsbürger zu dem Zwecke sammelten, um die Gründung eines nationalen Jugendvereins einzuleiten...

zweifelhaften Vergütungen gekommen, in diesem nationalen Jugendkomitee zu sitzen.

Man entrißte sich dann über den Vorstehen des Schulvorstandes und debattierte des längeren darüber, ob der hiesige Sozialdemokrat hinausgewiesen werden solle...

Unzulässige Bürgerrechtsgebühren.

In Dainichen wurde bei der Bürgerrechtserwerbungsaußer der gesetzlich zulässigen Gebühr im Höchstbetrage von 3 M. noch ein Beitrag für Verträge erhoben...

Dieses Verfahren, die Bürgerrechtsgebühren künstlich in die Höhe zu schrauben, bemängelte der sozialdemokratische Vertreter im hainichener Stadtparlament...

Da auch in anderen Städten vielfach durch Berechnung von Verträgen die Bürgerrechtsgebühren erhöht werden...

Ueber die Bevölkerungsbewegung im Jahre 1912

wird dem Dresdner Journal vom Statistischen Landesamt folgendes mitgeteilt: Angesichts des neuerlich allenthalben beobachteten Geburtenrückgangs begehen die Zahlen der Bevölkerungsbewegung, wie sie auf Grund der Eintragungen in die Standesamtsregister alljährlich festgestellt werden...

Ein Stadttheater im Bruch.

Die Pflaumer Volkszeitung meldet aus Pausen: Die glänzenden Annahmen, die das „kunstsinige“ Pausen dem hiesigen Stadttheater verschafft hat, haben es nunmehr dahin kommen lassen...

Chemnitz. In Bismarck kommen Eltern an der Volksschule nur 46 Kinder zur Einstellung, während 66 Entlassungen stattfinden. Der Grund liegt darin, daß in den letzten Jahren erheblicher Geburtenrückgang eingetreten ist...

Leipzig. Der Bezirksausschuß der Anstaltsverwaltung hat die Besetzung des Bezirksverbandes beschloß in seiner gestrigen Sitzung einstimmig, einen Gemeindeverband zu gründen...

Leipzig. Der Bezirksausschuß der Anstaltsverwaltung hat die Besetzung des Bezirksverbandes beschloß in seiner gestrigen Sitzung einstimmig, einen Gemeindeverband zu gründen...

Leipzig. Der Bezirksausschuß der Anstaltsverwaltung hat die Besetzung des Bezirksverbandes beschloß in seiner gestrigen Sitzung einstimmig, einen Gemeindeverband zu gründen...

Stadt-Chronik.

Die sechste Elbbrücke.

Eine direkte Verbindung der Neustadt mit dem Schlachthof im Osttragege soll durch den Bau einer Elbbrücke in dieser Gegend geschaffen werden. Der Rat führt in einer Druckschrift an die Stadtvorordneten darüber u. a. folgendes aus: Nach wiederholter genauer Prüfung mußte das Tiefbauamt unbedingt empfehlen...

Es ist aber auch zu beachten, daß die fragliche Elbbrücke nur ein Teil eines großen Brücken- und Verkehrszuges ist, der die Klutrinne im Osttragege und die bereits fertige Verlängerung des König-Albert-Hofens überseht...

Von größtem Einflusse auf die Wahl der Brückenlage sind die Höhenlage der Brückenfahrbahn und deren bequemer und schöner Anschluß an die Anseleinbahn...

Ein Versuch, den Interessen der Erfurter und der Moritzburger Straße durch Verlegung der Brücke zwischen beide Straßen gleichmäßig gerecht zu werden, mußte schließlich aus beachtlichen Gründen und in Rücksicht auf den entschiedenen Widerbruch des alleinigen Besitzers des betroffenen am rechten Elbufer gelegenen Geländes fallen gelassen werden...

Ein Versuch, den Interessen der Erfurter und der Moritzburger Straße durch Verlegung der Brücke zwischen beide Straßen gleichmäßig gerecht zu werden, mußte schließlich aus beachtlichen Gründen und in Rücksicht auf den entschiedenen Widerbruch des alleinigen Besitzers des betroffenen am rechten Elbufer gelegenen Geländes fallen gelassen werden...

Vertical text on the left margin: N., Straße, ng, te., ande., t., gen, hof 1, arbl., age 35, raße 16, ente., er Platz, dieses, gstraße, Hicher., rfr. 62, Genosse, 77, e. Kritik., age 31, es., len., and., t., korp., i., m 1000, m, f, 2

um so mehr, als Gleitsantrieb an das Hafengeleise leicht ge-  
macht werden kann. Wir haben deshalb auf Vorschlag des  
Verwaltungsausschusses und der I. Abteilung beschlossen, die Lage  
der Verbindungsbahn zwischen der Schlachthofinsel und Neu-  
stadt und Bismarck in den Zug der Erfurter Straße  
nach der Spitze der Schlachthofinsel festzulegen und damit  
zugleich den großen Stützpunkt über die Flußlinie des großen  
Stützgebäudes nach der Wallerstraße, Köblau und Klauen.  
Der Verwaltungsausschuß schlägt vor, diesem Projekt  
zuzustimmen. Die Stadtverordneten werden sich ebenso  
entscheiden.

**Wettfahrten auf der Straße.**

Am Sonntag den 18. August 1912 veranstaltete der  
Gau 21 (Leipzig) des Deutschen Radfahrerbundes für seine  
Mitglieder und die des Gau 2 Dresden eine Kontrollfahrt,  
die von Leipzig über Penitz, Dresden und Chemnitz nach  
Annaberg führte. An der Fahrt beteiligten sich 11 Personen.  
Die 111 Kilometer lange Strecke wurde in ca. 4 1/2 Stunden  
zurückgelegt. Eine Genehmigung des Ministeriums zu  
dieser Veranstaltung war nicht eingeholt worden, da es  
sich nicht um eine Geschwindigkeitsfahrt handeln sollte.  
Der Wettfahrtsausschuß hatte zur Beteiligung in der Bundes-  
zeitung aufgerufen, bei mindestens acht Rennungen sollten  
an die drei Altersklassen und die beiden ersten Fahrer aus  
dem Bezirk Annaberg Ehrenpreise verteilt werden. Jeder  
Teilnehmer hatte eine Gebühr von 1 M. zu entrichten. Hierin  
wurden alle Merkmale einer Wettfahrt auf offener Straße  
gefunden. Für die Nichterholung der ministeriellen Geneh-  
migung wurde der Ausschussleiter Weiser in Leipzig in seiner  
Eigenschaft als Vorsitzender des Gau 21 und Schiedsrichter  
beim Wettfahren verantwortlich gemacht; er wurde als Ver-  
anstalter angesehen, da auch die öffentliche Ausbreitung in  
der Bundeszeitung von ihm mit unterzeichnet war. Das  
Verwaltungsgericht billigte die von der ersten Instanz wegen  
Niederbrennung gegen §§ 15 und 16 der Verordnung vom  
16. Oktober 1907 über den Verkehr mit Fahrrädern auf öffent-  
lichen Wegen ausgesprochene Verurteilung und setzte nur die  
Geldstrafe auf 25 M. herab. Das Oberlandesgericht hat die  
dagegen eingelegte Revision kostenpflichtig verworfen. Die  
fragliche Fahrt möge von vornherein nicht als eine Geschwindig-  
keitsfahrt, sondern nur als eine Zuverlässigkeitsfahrt geplant  
gewesen sein, tatsächlich sei sie aber dann, wie die Anklageurteil  
bemeint, zur Wettfahrt geworden. Auch die übrigen Einwände  
wurden als rechtsirrig zurückgewiesen.

**Vom Staatsanwalt zum Richter.**

Der bisherige Staatsanwalt Dr. Schäfer beim Land-  
gericht in Rangen wird am 1. April als Landgerichtsrat an  
das Dresdner Landgericht versetzt. Solche Fälle kommen  
häufig vor, obwohl es der Unparteilichkeit der Rechtsprechung  
nicht zuträglich ist, wenn aus Anklägern Richter  
werden. Der Staatsanwalt wird in den meisten  
Fällen auch im Richter nachwirken. Die Verlegung  
Dr. Schäfers hat aber ein besonderes Interesse. So  
schreibt die Leipziger Volkszeitung: „Dr. Schäfer ist der-  
selbe Staatsanwalt, der sich seinerzeit in seinem Vorgehen  
gegen den Armen Teufel so berühmt gemacht hat da-  
durch, daß er wenige Monate nach einem heißen Reichstags-  
wahlkampf angab, nicht zu wissen, wer der Reichstagsabge-  
ordnete für den ersten sächsischen Reichstagswahlkreis ist. Als  
Landgerichtsrat hat er Urteile zu fällen. Wenn er inzwischen  
nicht ein gut Teil seiner in den vorbestimmten Angaben  
liegenden politischen Unbeständigkeit abgelegt hat, dann Gnade  
Gott den politischen Sündern, die vor seinen Richterstuhl ge-  
schleppt werden.“

Ein ähnliches Urteil scheint auch in bürgerlichen Kreisen  
über den neuen Richter zu bestehen. Denn das Leipziger  
Tageblatt bemerkt zu der Verlegung: „Denn Dr. Schäfer wird  
man in der hiesigen Gegend seine Töne nachweinen. Gehört  
ein Staatsanwalt schon an sich nicht zu den populärsten Persönlich-  
keiten des öffentlichen Lebens, so hat Herr Dr. Schäfer noch einen  
Liebesfeind betätigt, der in den beteiligten Kreisen oft zu der  
größten Erbitterung Anlaß gegeben hat. Hoffentlich nimmt er  
in seinem neuen, etwas ruhigeren Wirkungsfeld Gelegenheit,  
mit seinem berühmten Dresdner Kollegen Dr. Wulff in  
nähere Verbindung zu treten und an der Hand der Wulff'schen  
Schriften und Gedanken wie überhaupt in der etwas  
freieren Luft der Großstadt sich zu der Erkenntnis durchzu-  
ringen, daß ein strafällig gewordenen Mensch in den letzten  
Jahren der geborene Verbrecher, sondern meist das bedauern-  
werte Opfer unglücklicher Verhältnisse ist.“

**Pressefindel.**

Ein hier die Woche einmal erscheinendes Blättchen, das  
seine Thematik und journalistische Unfähigkeit mit möglichst  
unflätigen Pressemanieren zu verdecken sucht, behauptet frank  
und frei, ein vor kurzem in Dresden wegen Gewalttätigkeit  
verurteilter Mensch sei ein „sozialdemokratischer Friedens-  
demonstrant“ und „sozialdemokratisch Organisiert“ gewesen.  
Obwohl das Gedächtnis dieses bedeutungslosen Pressepapiers  
sein Gewicht hat, wollen wir doch ausdrücklich feststellen, daß  
die Behauptung eine aus den jüngern gefundene lausdliche Lüge  
ist. Auch in der Gerichtsverhandlung ist nicht das Geringste  
vorgekommen, was nur entfernt zu einer derartigen Behaup-  
tung Anlaß geben könnte. Bemerkenswert ist, daß in dem Blatte  
fast in jeder Nummer auf diese feige Art gegen die Sozial-  
demokratie „gekämpft“ wird. Daß die Dintermänner dieses  
Organs für vergrößerte Reichsverbandsmannern dem Treiben  
ruhig zusehen, mag sie mitsamtlich daran. — Das Blättchen sucht  
fortwährend die Handvoll Leser und die Öffentlichkeit in dem  
Glauben zu verlesen, daß es wer weiß welche Bedeutung und  
viele Abonnenten habe. Die Mißbilligung gegen ein Verortblatt  
im Plauenischen Grund hat aber in dieser Richtung sehr  
begeleitende Ergebnisse gehabt. Es heißt in einem Bericht  
darüber:

„So hatte eine höhere Instanz, bei der ein einseitiger  
Bescheid erwirkt werden sollte, u. a. angeregt, daß bei Ver-  
urteilung der Landeszeitung auch die Abonnentenzahl  
und das Verbreitungsgebiet derselben in Erwägung  
zu ziehen seien. Als nun der Richter diese Frage stellte, meinte  
der Anwalt des Klägers, die Aussage zu verweigern zu müssen.  
Als von Seiten der Beklagten der Meinung Ausdruck gegeben  
wurde, die Auflage sei wohl noch unter 500 Exemplaren,  
auch da gab der Vertreter des Klägers keine Auskunft. Dieses  
beharrliche Schweigen auf die Frage läßt doch schließlich auch  
Mißbilligung zu umschreiben, da die Landeszeitung jetzt auf ein  
nur „einmaliges Erscheinen in der Woche zurückgegangen ist“. Diese  
Landeszeitung ist das Blatt, das wir meinen.“

**Allgemeine Rattenvertilgung.**

In neuerer Zeit ist hier vielfach über die Zunahme der  
Ratten geklagt worden. In Rücksicht auf die große Gefahr,  
die diese Tiere in gesundheitlicher Hinsicht als Träger und  
Verbreiter gemeingefährlicher Krankheiten bieten, hat deshalb  
der Rat im öffentlichen Interesse für den 12. März wieder  
eine allgemeine Rattenvertilgung angeordnet, die besonders  
wirksam dadurch gestaltet werden soll, daß das Vertilgungs-  
mittel (Phosphorblei) nicht wie bisher auf Brot, sondern  
auf Fisch (Körling, Pering) und gebrannten Speck aufgetragen  
wird, und daß die Vertilgung auch auf die sogenannten  
Schreibergärten (Raubentolonien), in denen Tiere gehalten  
werden oder im vergangenen Jahre gehalten worden sind,  
erstreckt werden soll. Eine wirksame Bekämpfung und mög-  
lichste Beseitigung der Ratten ist aber nur dann zu erwarten,  
wenn sich alle Beteiligten die genaue Befolgung der vom Rat  
erlassenen Vorschriften für die Aufstellung des Rattengiftes,  
die ihnen zugestellt werden, angelegen sein lassen. Im gesund-  
heitlichen Interesse der Stadt wird deshalb nochmals auf diese  
Vorschriften hingewiesen.

**Ungeziefer an Obstbäumen.**

Ämlich wird bekannt gemacht: Mit Rücksicht auf das  
volkswirtschaftliche Interesse an der Vertilgung der Obstbaum-  
schädlinge (Kraupen und Wanzen) werden die Besitzer von  
Obst- und Fruchtbäumen unter Hinweis auf die ihnen ob-  
liegende gesetzliche Verpflichtung angehalten, auf ihren Grund-  
stücken die erforderlichen Vernichtungsarbeiten unterzüglich  
vornehmen, und zugleich darauf aufmerksam gemacht, daß  
etwaige Säumnisse in der Vertilgung der Kraupen mit Geld-  
strafe oder Haft zu ahnden ist. Ueber die Arten der Obst-  
baumschädlinge und die Mittel zu ihrer Bekämpfung und Ver-  
nichtung wird eine Beilage in der Kanzlei des Hochfahrts-  
polizeiamts, neues Rathaus, an Verteilung abgegeben.

Die Stadtverordneten werden sich in der heute abend  
stattfindenden Sitzung auch mit dem Antrag (Greier) auf Ver-  
schärfung von Kleinwohnungen beschäftigen, der kürzlich  
von der Tagesordnung abgelehrt wurde. — In der  
Tagesordnung, die der Presse von der Stadt-Kanzlei zu-  
gestellt wird, war dieser Punkt nicht mit angegeben.

Unfall. Durch einen Fall auf der Straße zog sich auf  
dem Köstlich-Waldweg der 37-jährige unverheiratete Bild-  
hauer August W., Neißewäher Straße wohnhaft, so schwere  
innere Verletzungen zu, daß er auf dem Transport nach dem  
Krankenhaus Friedrichsbad starb.

**Vermisste Nachrichten.** Wegen Meinigung der Raffen-  
und Anterräume sind die Sparkassenstellen Neustadt,  
Königsstraße 14, Wilsdruffer Vorstadt, Maternstraße 17, Köblau,  
Zharander Straße 1 (vormaliges Rathaus), Strecken, Dohnauer  
Straße 16, Sonnabend den 8. März für den Verkehr geschlossen.  
— Ferner werden die Geschäftsräume des Armen- und  
Krankengeld- und des Krankenpflege- und Hilfsamtes,  
Landhausstraße 79, am 7. und 8. März gereinigt. Es können  
deshalb an diesen Tagen nur dringliche Angelegenheiten er-  
ledigt werden. — Die neubegründete Stelle des Direktors  
der Stadtbibliothek und der städtischen Museen hat der  
Hofrat Professor Dr. Rinde-Ponck, zurzeit Stadtbibliotheksrat  
in Bromberg, übertragen.

**Aus der Umgebung.**

**Obergorbis.** Gemeinderatsitzung. Der Eintritt in die  
Tagesordnung wurde ein Antrag gestellt, Punkt 1 der nicht-  
öffentlichen Sitzung, die Vorstandswahl, in der öffentlichen  
Sitzung zu verhandeln, da nach viermaliger nichtöffentlicher  
Behandlung dieser Sache nunmehr die Öffentlichkeit ein starkes  
Interesse habe. Es wurde nach dem Antrag beschlossen. Der  
Vorstand teilt mit, daß die beantragte Umfäuerung der Nieder-  
gorbiger Grundstücke zur Obergorbiger Gemeinde zum  
Zweck eines zu bauenden Stübchens von Amts-  
hauptmannschaft und Bezirksausschuß genehmigt sei.  
Zinsen und Abgaben stehen nunmehr der Obergorbiger  
Gemeinde zu, die des Sächsischen Grundbuchs erst dann, wenn  
die Front bebaut sein wird. Der Wohnungsausschuß bezieht  
über die Befestigung der Wohnungen in den Häusern der Ge-  
meinde und wurde Vorsitzender der Wohnungsausschuß auf Vorschlag  
des Ausschusses beschlossen. Der Vorstand teilt mit, daß er  
weitere 6 Quadratmeter Gemeindegelände Herrn Ulrich ver-  
kauft habe, um deren Zustimmung er den Gemeinderat er-  
sucht. Das auf diese Weise auch schon früher vereinbarte  
Geld wolle man bis zu einer höheren Summe anlegen  
und später zur Tilgung verwenden. Auch in diesem Sinne  
wurde ein Bescheid verhängt. Dann verlas der Vorstand  
ein Schreiben der Amtshauptmannschaft wegen Neuregelung des  
Krankenfassenwesens. In diesem Schreiben wird der Gemeinderat  
um die Ausgestaltung des Krankenfassenwesens zu einer all-  
gemeinen Ortskrankenkasse ersucht; ferner darum,  
im Falle der Notwendigkeit die Bildung eines Kranken-  
kassenverbandes in die Wege zu leiten. Nach eingehender  
Debatte, an der sich auch unsere Genossen lebhaft beteiligten,  
wurde diesen beiden Punkten die Zustimmung erteilt. —  
Die Abrechnung der Wasserkasse pro 1911/12 ergab eine Ein-  
nahme von 8547 M., Ausgabe 4024 M. Es wurde beschlossen,  
den Bestand von 4523 M. als Reservefonds anzulegen. Die  
Verwaltung der Gruppenhäuser der Gemeinde brachte eine  
Einnahme von 15268 M., die Ausgabe betrug 15274 M.  
Für später kam mit weiterer Rücklage für Reparaturen ge-  
rechnet werden. Zur Prüfung der Wasser- und Verwaltungskas-  
sen-Rechnungen wurden Herr Mügel und Genosse Secht  
betraut. Zur Feststellung der Gemeindeanlagen-Steuererläge  
wurden Hauptmann, Faust und Genosse Secht, als Stellvertreter  
Mügel, Fehrmann und Genosse Müllert gewählt. — Die Reu-  
nahl des Vorstandes wurde nach kurzer, interessanter Debatte  
verlagert, bis der Bescheid wegen des eingeleiteten Rekurses an  
die Kreisoberbehörde zurück ist. Hierauf geheime Sitzung.

**Bezirk Pöschappel.** Die Genossinnen und Genossen  
werden nochmals auf unsere nächsten Sonnabend im Goldenen  
Löwen stattfindende Mitgliederversammlung aufmerksam ge-  
macht. Genosse Stadtverordneter Richter wird einen auch für  
den Plauenischen Grund wichtigen Vortrag halten.

**Burg.** Gemeinderatsitzung. Bei Beratung des Haus-  
haltplanes wurde festgestellt, daß man in diesem Jahre mit  
den vorhandenen Geldern nicht auskommt, so daß eine Er-  
höhung der Gemeindeabgaben nötig ist. Die Mehrheit des  
Ratungsausschusses hatte 16 Proz. Erhöhung sämtlicher Regula-  
toren vorgeschlagen. Unsere Vertreter beantragten, eine nach-  
oben hin steigende Erhöhung der Regulatorien vor-

zunehmen und die Einnahmen bis zu 900 M. von einer  
Erhöhung auszuschließen. Dieser Antrag wurde nach sehr  
lebhafter und erregter Debatte gegen die Stimmen unserer  
Vertreter abgelehnt. Mit der Begründung, daß unter den  
Einnahmen bis zu 900 M. nur 83 verheiratete Personen  
seien und man nicht einsehen könne, warum gerade die ledigen  
Personen von einer Steuererhöhung verschont bleiben sollten.  
Würde jedoch ein Verheirateter darunter sein, der Witwen  
sollte, so würden Mittel und Wege zu schaffen sein, die Witwen  
mit der Steuererhöhung nicht zu hoch greifen zu lassen.  
Um mit der Steuererhöhung nicht zu hoch greifen zu lassen,  
hat man schon 2000 M. dem Reservefonds entnommen. — Die  
vorhandene Deckungssumme beträgt 27800 M., der Bedarf  
aber 45800 M., so daß ein Fehlbetrag von 18000 M. zu ver-  
zeichnen ist, der durch Gemeindesteuer zu decken ist. Für die  
Schule müssen in diesem Jahre 17929 M. aufgebracht werden,  
für Beleuchtung der Straßen 1700 M. und für die Kirche  
2630 M. Angenommen wurde ein Antrag des Finanz-  
ausschusses, für das Gemeindeamtshaus ein Handdarlehen von  
der Sparkasse zu Deuben auf 3 Jahre in Höhe von 7000 M.  
aufzunehmen, um noch zu deckende Rechnungen zu begleichen.  
Durch diese neue Anleihe ist das Gemeindeamtshaus bis jetzt  
mit 57000 M. belastet.

**Hainberg.** Morgen Freitag, abends 8 Uhr, öffentliche  
Gemeinderatsitzung im Gasthof zu Hainberg.

**Leubnitz-Neustadt.** Ein Einbruch ist in der Nacht zum  
Mittwoch hier verübt worden. Die Diebe drangen in das  
kaufmännische Geschäft von Claus ein und verließen die  
Kassette aufzulockern. Da ihnen dies nicht gelang, drangen  
sie in den Schlafraum des Besitzers ein und stahlen dort aus  
einer Geldkassette etwa 1000 M. Die Polizei glaubt bereits  
auf der Spur der Täter zu sein, da diese mehrere Schlüssel  
am Tatort zurückgelassen haben.

**Reid-Verbot.** Die Genossen werden nochmals darauf  
aufmerksam gemacht, die Staatsangehörigkeit und  
das Bürgerrecht zu erwerben. Wer am 1. Januar  
mindestens 2 Jahre in Reid wohnte, erhält das Bürgerrecht  
laut Einverleibungsvertrag unentgeltlich, aber nur im Laufe  
dieses Jahres. Trotzdem wiederholt darauf hingewiesen wurde,  
haben sich doch noch nicht alle Genossen diesen Vorteil zunutze  
gemacht. Genosse Stadt. Stelle ist gern bereit, Auskunft zu  
erteilen, ebenso die übrigen bekannten Genossen. — Weiter  
werden die Genossen ermahnt, sich zu dem im Gasthof Reid  
stattfindenden Tanzabend mit ihren Angehörigen zahlreich  
einzufinden.

**Großhadowitz.** Der Jugendausschuß für Hadowitz  
und Luga veranstaltet Sonnabend den 8. März im Gasthof  
Großhadowitz einen Vortragabend für die Jugend. Reden-  
führer: „Die Bildungsbedingungen in der Arbeiterjugend.“  
Die Eltern werden nun ersucht, zu dieser Veranstaltung mit  
ihren jugendlichen Söhnen und Töchtern recht zahlreich zu er-  
scheinen. Anfang 8 1/2 Uhr.

**Dippoldiswalde.** Wieder aus der Haft entlassen wurde  
der ehemalige Bürgermeister von Dippoldiswalde, Dr. Weig-  
bach, nachdem beim Gericht in Freiberg eine höhere Sicher-  
heitsleistung gestellt worden war.

**Reichenberg.** Donnerstag den 6. März, abends 8 Uhr,  
öffentliche Gemeinderatsitzung. Wichtige Tages-  
ordnung!

**Neues aus aller Welt.**

**Verhaftungen zum Hennigsdorfer Automobilverbrechen.**

Zwei in Maritz wohnhafte Arbeiter sind unter dem dringenden  
Verdacht, das schwere Verbrechen gegen die Automobilisten  
zu haben, verhaftet worden. Am Mittwoch war eine Anzahl  
Personen, die von einem Gespräch Mitteilung machte, das sie mit  
einem Arbeiter in Maritz hatte. Nach ihrer Vernehmung  
wurde diese Frau erzählt, daß ein anderer, ebenfalls in Maritz  
wohnender Arbeiter, der sich seines guten Kennzeichens erfreue,  
zu ihrer Wohnung gekommen sei und ihm zu veranlassen gesucht  
habe, mit ihm gemeinsam ein Automobil anzuschaffen. Bei dieser  
Vernehmung habe der Mann auch erzählt, daß er bereits ein Auto-  
mobil besitze, das nur ein Paar Wochen festgehalten werden müsse,  
jedoch Automobil zu sein könne. Auf Grund dieser Mitteilun-  
gen wurden eingehende Recherchen in Leitz und Maritz an-  
gestellt. Als man zum Verdacht der Verdächtigen sprechen wollte,  
erwiderte er, daß diese jähzäh beide einen Verzicht in Neu-  
maritz gemacht hätten. Als sie abends von dort in Maritz anlangte,  
wurden sie auf dem Bahnhof in Empfang genommen, verhaftet und  
nach dem Rathaus in Leitz gebracht. Hier befragten sie eingehend,  
mit dem Verdacht über etwas zu tun zu haben. Die Untersuchung  
beide war noch bis spät in die Nacht hinein eifrig bemüht. Stroh-  
heit in diese Angelegenheit zu bringen. Es gelang bisher jedoch  
noch nicht, einwandfrei festzustellen, ob auch die Angaben der Frau  
auf Tatsache beruhen. Die beiden Männer wurden auf alle Fälle  
über Nacht in Haft gehalten.

Ein erfindender Drahtfahnenhändler.

**Berlin, 5. März.** Der angebliche Anschlag auf der Chaussee  
zwischen Schützenhof und Heiligensee, bei dem zuerst eine Ver-  
haftung des Hennigsdorfer Automobilverbrechens angenommen wurde,  
hat jetzt seine Auflösung gefunden. Ein Richter, der nahe bei  
Schützenhof ein Drahtfahnenhändler gesehen habe, hat diese Angabe  
frei erfunden.

Eine Nachzahlung des Hennigsdorfer Verbrechens.

**Strasbourg, 6. März.** Auf der Staatsstraße zwischen Straßburg  
und Büttelheim wurde gestern nachmittags zwischen 12 und 1 Uhr  
ein Drahtfahnenhändler gestoppt. Der Automobilist fuhr gegen  
das Hindernis, ohne zu bremsen zu können. Der Wagen stürzte um  
und wurde schwer beschädigt. Die Insassen blieben unversehrt.

15 Jahre Zuchthaus.

**Berlin, 5. März.** Der 20 Jahre alte Diener Richard Schmidt,  
der seine Geliebte, das 19 Jahre alte Stubenmädchen Elsbeth  
verleitet hatte und sie deshalb in den Teufelskessel gestürzt hat,  
wurde heute vom Schwurgericht des Landgerichts Berlin 11 zu  
15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Jugentgefangen.

**Altona, 6. März.** Amliche Meldung. Heute nachmittags 2 Uhr  
6 Minuten entgleitete bei der Einfahrt in den Hauptbahnhof Altona  
von dem Zuge 575 Kiel-Hamburg drei Wagen in der Mitte des  
Zuges. Der Schaden ist gering. Zwei Personen erlitten einen  
Arbeitsverlet. Der Betrieb wurde nur unerheblich gestört. Eine Unter-  
suchung ist eingeleitet.

Einbruchdiebstahl.

**Trieb, 5. März.** In der vergangenen Nacht sind unter  
Diebe in die Goldschmiedewerkstätte von Duffisch eingebrochen.  
Die Diebe haben eine eiserne Kasse erbrochen und Gold- und Schmuck-  
gegenstände im Wert von über 200 000 Kronen mit sich genommen.

### Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

#### Der Kampf im Malergewerbe beginnt!

Nachdem der Unternehmerverband im Malergewerbe die Schiedsrichter des Herrn v. Schulz, Dr. Brenner und Raab durch Zurückweisung hat, trifft er seine Vorbereitungen zu einer allgemeinen Aussperrung. Er versendet zunächst ein Zirkular, in dem es heißt:

„Am Sonnabend den 8. März sind sämtliche in unseren Betrieben beschäftigten Arbeiter zu entlassen. Ausnahmen sollen nicht gemacht werden. Gau I (Norddeutschland) hat am Dienstag den 4. März mit der Durchführung dieses Beschlusses zu beginnen.“

Kein Maler, Lackierer oder Anstreicher soll am 5. März mehr beschäftigt werden. Nur durch diese Maßnahme werde es möglich sein, einen für die Arbeitgeber annehmbaren Tarifvertrag zu erzwingen. Und der Vorsitzende des Gau I sagt in einem besonderen Rundschreiben:

„Alle organisierten Gehilfen, gleichviel, welchem gegnerischen Verbande sie angehören, sind sofort . . . zu entlassen und kein Mann ist in Arbeit zu stellen, bis die ausdrückliche Aufhebung oder Beendigung der Aussperrung vom Hauptvorstande bekanntgegeben wird.“

Laufen Sie sich auch nicht durch sogenannte meistertreue Gehilfen täuschen, die behaupten, „nicht organisiert“ zu sein. In 99 von 100 Fällen sind solche Angaben erlogen, und Sie leisten durch die Beschäftigung solcher Gehilfen direkte Beiträge zu den Gewerkschaftskassen, weil die Beschäftigten einen großen Teil ihres Lohnes auf dem Markt der Streikenden abzugeben haben.“

In seltenen Ausnahmefällen soll erst genaue Anstufung dem Vorsitzenden des Unternehmerverbandes eingeholt werden.

Die Scherzmacher des Malergewerbes trauen sich also recht viel zu; warten wir ab, ob ihre Taten mit ihrer Sprache im richtigen Verhältnis stehen. Unter der besonderen Leitung steht: „Zweck und Ziele unseres Kampfes“ heißt es dann in dem Zirkular recht ausführlich weiter:

Wir wehren uns gegen den Übermut der Gehilfen, mit dem schon seit Jahren die Ruhe und Ordnung in unseren Werkstätten gefährdet wurde. . . . Seit Jahren haben die Gehilfen, besonders natürlich die sozialistischen, immer mehr steigende Beiträge zu ihren Kampffonds geleistet, um zu einer ihnen passenden Zeit uns mit Hilfe ihrer Millionenfonds mit einem gewaltigen Streik zu überfallen und uns nach unserer Niederlage die Arbeits- und Lohnbedingungen vorzuschreiben.

Wir wollen den Gehilfen dagegen jetzt die Gelegenheit bieten, ihren rund zwei Millionen zählenden Kampffonds zu verwenden; denn noch einmal dreifachtraurige Tarifjahre, als wir zuletzt erlebten, sind nicht mehr erträglich. Nach ihrem Ablauf würde der Kampffonds aber mindestens 4 bis 5 Millionen zählen. Und wir hätten selbst mit den jetzt verlangten gewaltigen Lohnerhöhungen direkt die Mittel dazu geliefert.“

Das ist ein nettes Eingeständnis eines Scherzmachers, der recht unvorsichtig aus der Schule plaudert. Er zeigt sinnlos, wie selbst hier ein Kampf vom Haupte gebrochen wird. Nicht darum handelt es sich, die Ansprüche der Arbeiter gerecht zu prüfen, nein, die Gewerkschaftskassen müssen geleert werden, damit die Unternehmer die Ausbeutung noch teurer treiben können wie bisher, wo noch Löhne von 48 Pf. pro Stunde für gelernte Malergehilfen über 20 Jahre in großen Städten und 37 Pf. in Mittelstädten tariflich festgelegt waren.

Dann wird bei den Unternehmern gar nicht gefragt, daß selbst drei Unparteiische unter weitgehender Berücksichtigung der Unternehmerinteressen eine Lohnerhöhung festsetzen, die die Gehilfen nur schweren Herzens annehmen konnten, nein, sie wollen einen Kampf führen, unbedünnt um die schweren Folgen, die daraus, nicht zuletzt für viele kleine Existenzen in den Werkstätten selbst, entstehen, denen eine günstige Konjunktur verflüchtigt wird und denen zahlreiche Konkurrenten aus Geschäftskreisen entstehen. — Daß die Spekulation der Herren auf die Verwertung der Gewerkschaftskassen sich nicht wird verwirklichen lassen, werden sie bald sehen, ebenso, daß ein großer Teil der Malermeister den Vorlesungen der Führer des Unternehmerverbandes nicht folgen wird. Die Gehilfen aber leben dieser Kraftprobe ruhigen Blutes zu, sie vertrauen auf ihre Solidarität und ihre Organisation.

#### Lokales.

#### Die Neuesten Nachrichten und die Gewerkschaften.

Die Verwaltung des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes in Dresden erhielt von der Inspektoren-Abteilung des hiesigen sogenannten unparteiischen Schieds, der Neuesten Nachrichten, ein Zirkular folgenden Inhalts zugesandt:

Dresden, den 27. Februar 1913.  
Herdmanstraße 4.

Hilf. Deutscher Bauarbeiterverband

Dresden.

In zahlreichen Vereinen unserer Stadt hat sich die Ueberzeugung Bahn genommen, daß es zweckmäßiger und zugleich vorzuziehlicher ist, sich zu Mitglieder-Einladungen, zur Bekanntgabe wichtiger Vereinsangelegenheiten usw. der Tagespresse zu bedienen.

Diese Art der Zahlungnahme mit den Mitgliedern hat neben mancherlei Vorteilen, wie Billigkeit, Einfachheit und Entlastung des Schriftführers, besonders noch den Vorzug einer außerordentlichen Werbekraft, die bei der Heranziehung neuer Mitglieder von nicht zu unterschätzendem Werte ist.

Sie die Anknüpfung Ihres Vereines eignen sich am besten die Dresdner Neuesten Nachrichten, die mit ihrer hohen Auflage von 120000 Exemplaren in allen Kreisen und in fast jedem Hause Dresdens und der Vororte gelesen werden und deren Redaktion im textlichen Teile den Vereinen Beschreibungen weitestgehend Unterstützung gewährt.

Wir schätzen uns deshalb Ihrem Verein nahezu legen, sich für Vereinsanmeldungen, auf die wir bekanntlich entgegenkommend einen Ausnahme-Rabatt von 25 Prozent gewähren, am zweckmäßigsten stets der Dresdner Neuesten Nachrichten zu bedienen.

Wir bitten Sie höflichst, uns wissen zu lassen, ob Sie geneigt sind, unserer Vorschläge näherzutreten, und zeichnen

Hochachtungsvoll

Dresdner Neuesten Nachrichten  
Inspektoren-Abteilung.  
(Name unerschlossen)

Sie mit dem Zirkular bedachte Gewerkschaftsleitung wußte aber die „großen Vorteile“ nicht zu schätzen, und der Hinweis der In-

spekten-Abteilung auf die Tätigkeit der Redaktion im textlichen Teile betr. der Vereinsbeschreibungen konnte sie natürlich erst recht nicht dazu kommen lassen dem „Indischen Angebot“ zu folgen. Die Bauarbeiter teilen uns mit, daß bei den Lohnkämpfen 1899 und 1903 Inspektoren betr. Bauern der Zugang nicht aufgenommen wurden resp. das Inspektoren den Bauarbeitern mit allen möglichen Ausreden unzulänglich gemacht wurde und da auch nicht zu erwarten sei, daß das bei künftigen Lohnkämpfen anders werden würde, wollten sie absehen.

Sicher haben andere Gewerkschaften ebenfalls derartige Zirkulare erhalten.

#### „Die Sozialdemokratie als Agentin des Auslandes.“

Unter diesem verlogenen Titel bringt der Dresdner Anzeiger in seiner Dienststunde wieder einmal die schon mehrfach als Reichsverbandsschwindel gekennzeichnete Anschuldigung auf, daß die Arbeiterkassen unterhalte die amerikanische Nähmaschinen-Fabrik Co.

Der Dresdner Anz. drückt nun aber nicht ab, was wir zu der Sache geschrieben haben; denn sonst würde ja sofort die ganze Falschheit seiner unerschrockenen Anschuldigung offenbar werden, sondern veröffentlicht Beispiele von unsäglichem Verleumdungen der Singer Co. aus Frankreich resp. Belgien, die wir für genau so unanständig halten wie die Spekulation der deutschen Nähmaschinenkapitalisten auf den Chauchismus zu Geschäftszwecken. Geschäft und „Patriotismus“ zu bequidem in jedem Fall unfair und verwerflich.

Selbstverständlich kommt es für den Arbeiter in allererster Linie darauf an, ob anständige Arbeits- und Lohnbedingungen in den Betrieben, denen er seine Rundschicht zuwendet, herrschen. Es kann ihm nicht gleichgültig sein, ob in den Betrieben, dessen Produkte er kaufen soll, eine solche Organisation besteht und die gelbe Schmutzplakate aufgeschlagen sind. Das wird dem Arbeiter auch kein unbedeutend Urteil über den Mensch verdecken. Er hat doch keinen Anlaß, der schändlichen Augen der deutschen Kapitalisten zuliebe Vohndrückerel usw. noch durch Zuhilfenahme seiner Rundschicht zu belohnen.

Den Arbeitern ist natürlich ein amerikanischer Kapitalist, der anständige Löhne zahlt, lieber als ein deutscher, der miserable Löhne bezahlt. Sonst haben aber die deutschen Arbeiter gar kein Interesse daran, ausländische Kapitalisten zu unterstützen oder sie zu bekämpfen, weil es die chauchistische Presse zu äußerst durchsichtigen Zwecken tut, während sie gleichzeitig alle Tage danach streift, daß die deutsche Industrie den Weltmarkt erobern müsse. Was die brutale Industrie will, das wollen auch die anderen. Sich darüber aufzuregen, ist sinnlos. Und dann sind doch die politischen Vertreter der Industriellen, die Nationalliberalen, Freikonserbativen und Konservativen, mit Quarta und Hochseinerzeit für den Polstarij eingetreten, der natürlich Amerika usw. zu hohen Löhnen auf deutsche Industrieerzeugnisse veranlaßt hat.

Im übrigen machen es ja die deutschen Nähmaschinenfabriken ähnlich. So hat u. a. eine hiesige Nähmaschinenfabrik eine Zweigfabrik in Pommern bei Vohndach in Pommern errichtet, in der heute über 100 Arbeiter beschäftigt werden. Ähnliche Fälle könnten aus anderen Branchen zu Tage gefördert werden. Ja, nehmen denn diese Betriebe etwa deutsche Arbeiter, beschäftigen sie nicht vielmehr in der Hauptsache ausländische Arbeiter? Entsprechen sie nicht dem deutschen Sinne die Steuern und den deutschen Arbeitern und Geschäftleuten den Verdienst?

Außerdem muß doch diese amerikanische Konkurrenz der deutschen Nähmaschinenindustrie nicht so gefährlich sein, wenn diese nach einem und ausgegangenen Nihilismus noch in der Lage ist, die Preise ihrer Fabrikate noch wesentlich zu erhöhen. Im dem Zirkular, vom 15. Januar 1912 datiert, werden die Reisenden und Agenten der Nähmaschinenfabriken damit bekannt gemacht, daß der Fabrikantenverein einen Ausschlag auf die bisherigen Preise beschlossen habe. Die Reisenden und Agenten werden aufgefordert, sich ihrerseits ebenfalls durch einen Ausschlag schadlos zu halten.

Das dürfte zusammenfassend mit der einseitigen Hege gegen die amerikanische Konkurrenz. In einer Annonce in der Nummer 350 des 182. Jahrganges des Dr. Anz. heißt es u. a.:

„Deutsche Bürger und Bürgerinnen! Wollt ihr euer deutsches Vaterland finanziell schädigen?“

Man ersieht hieraus, wie's gemacht wird: Man tut das, was man den Amerikanern vormacht, und verlangt dann von den Arbeitern, daß sie aus Liebe zu den deutschen Kapitalisten resp. Aktionären — um deren Wohlgeraten handelt es sich dabei — die erhöhten Preise bezahle. Der Dr. Anz. und seine kapitalistischen Gewissens- und Hinterzimmer läten also gut, wenn sie mit der Sozialdemokratie erstens für eine gründliche Verankerung der deutschen Sozialpolitik eintreten, und zweitens für anständige Lohn- und Arbeitsbedingungen sorgen wollten. Dann würden schließlich in Deutschland amerikanisch und in Amerika usw. deutsche Kapitalisten unter solcher Hege ihre Fabrikate verkaufen und verkaufen, und für die Arbeiter läge nicht der geringste Anlaß vor, das eine oder andere Fabrikat zu bevorzugen oder zu bekämpfen. Und damit ist für uns dieser immer aufs neue aufgewärmte Schwindel von der „Sozialdemokratie als Agentin des Auslandes“ erledigt.

#### Inland.

#### Terrorismus furchtbarer Unternehmern.

Während jetzt systematisch überall von den politischen und wirtschaftlichen Feinden der Arbeiterklasse in der wässrigen Weise über den angeblichen Terrorismus der Arbeiter das Blasen vom Himmel heruntergeschwätzt wird, terrorisieren sie selbst in der unerschrockensten Weise, wie nachstehende Bekanntmachung der Spielwaren-Fabrik vorm. Paul Leonhardt in Eppendorf beweist. Diese lautet:

Wir nachstehende Erklärungen, d. h. eine davon nicht unterschreibt, erhält Sonnabend den 18. Januar gefolgt.

I. Ich erkläre hierdurch untersehrlich, daß ich dem Holz-arbeiterverband nicht angehöre und bin einverstanden, daß ich bei Eintritt Kündigungsgeld entlassen werden kann, oder

II. Ich erkläre hierdurch untersehrlich, daß ich mich verpflichte, meine Abmeldung aus dem Holzarbeiterverband bis 18. Januar früh vorzunehmen, und bin einverstanden, daß ich Kündigungsgeld entlassen werden kann, wenn ich wieder beitrete.“

Ein Arbeiter, der die Erklärung unterschrieben hatte, wurde, als die Firma seine Jugendigkeit zum Holzarbeiterverband erfuhr, ohne Kündigung und ohne Lohnzahlung entlassen. Der Arbeiter flagte natürlich und das Schiedsgericht in Augustsburg sprach ihm zwar seinen vollständigen Lohn zu, was aber seinen Anspruch auf Entschädigung wegen Nichterhaltung der Kündigungsgeld ab. Aus dem Urteil sind folgende Sätze interessant:

„Den guten Sitten würde es, wie dem Kläger zugegeben ist, widersprechen, wenn die Beflagte durch Ausnutzung einer wirtschaftlichen Macht und Unerbittlichkeit den Kläger und die übrigen Arbeiter zu der Vereinstretung gezwungen hätte. Eine derartige wirtschaftliche Ueberlegenheit heißt aber im heutigen Wirtschaftsleben der Arbeitgeber über den Arbeiter nicht, am allerwenigsten über den organisierten Arbeiter. Gerade diejenigen zu einem Arbeiterverbande angehörend, werden von diesem so gefördert und unterstützt, und der Verband läßt meist einen solchen Einfluß auf die Unternehmerbetriebe aus, daß nicht der Arbeiter, sondern vielmehr der Arbeitgeber der wirtschaftlich Schwächere ist. Es liegt also in einer solchen berechtigten Maßnahme keine Verletzung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter, sondern sie ist vielmehr ein durchaus berechtigtes Mittel des Arbeitgebers im wirtschaftlichen Selbstschutze, um sich dem Einfluß des Arbeiterverbandes auf seinen Betrieb wenigstens einigermaßen oder für einige Zeit zu entziehen. Hiermit kann aber auch

von keinem sittenwidrigen Zwang die Rede sein, wenn ein Arbeitgeber in seiner Arbeitsordnung den Beitritt zu einem Arbeiterverband als sofortigen Entlassungsgrund festsetzt, denn kein Arbeiter ist gezwungen, in einen solchen Betrieb einzutreten. Die Beurteilung dieser Vereinbarung wird auch nicht dadurch anders, daß der Nachtrag zur Arbeitsordnung der Beflagten durch Unterschrift der Erklärungen I und II auch für die bereits bei der Beflagten in Stellung befindlichen Arbeiter in Geltung gesetzt worden ist, und daß die Beflagte bei Nachunterzeichnung die Kündigung ausgesprochen hat. Auch diese Prozedur kann die Vereinbarung mit dem Kläger und den andern Arbeitern nicht ungültig machen, da eben die Arbeiter nicht die wirtschaftlich Schwächeren sind und daher nicht von einem sittenwidrigen Zwang die Rede sein kann.“

Die armen Unternehmer sind also nach dem Urteil die „wirtschaftlich Schwächeren“, trotzdem getrauen sie sich, einen solchen brutalen Rechtsstandpunkt einzunehmen? Allzuviel Recht enthält das Urteil nicht und es wird ja hoffentlich durch Berufung angefochten werden, zumal es früher Gerichtspraxis war, daß ein Vertrag, der den Arbeitern die Ausübung ihres gesetzlich gewährten Koalitionsrechts verbietet, als ein gegen die guten Sitten (§ 118 und 122 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) verstoßender für nichtig erklärt wurde. Sollte jetzt allgemein eine andere Gerichtspraxis einreichen, dann würde das Koalitionsrecht der Arbeiter in diesen Gegenden, in denen die Organisation nicht stark ist, nur auf dem Papier.

#### Lohnbewegungen.

Der Umfang der Lohn- und Tarifbewegungen im Tapezierergewerbe ist recht beträchtlich. In Chemnitz, Halle, Landsberg a. W., Stolp i. Pom., Gilsb. Heim, Stuttgart, Bützberg, Solingen und Götting gelang es in den letzten Tagen, neue Tarifverträge zu vereinbaren, ohne daß es zu einer Arbeitsniederlegung kam. Die neuen Tarife bringen den Gehilfen wesentliche Verbesserungen. In Breslau, Nürnberg, Köln und Essen hingegen stehen die Tapezierer im Streik. In Dresden hat zwar die Zwangsbewegung die Aussperrung, die durch Ordnungsstreifen gegen nichtausführende Meister durchgeführt werden sollte, wieder aufgehoben. Ein neuer Innungsbescheid verbietet nunmehr nach bestimmten Kriterien den Mitgliedern der Zwangsbewegung unter Androhung von Ordnungsstrafen den Abschluß von Tarifverträgen mit dem Verband. Im Kampf stehen in Breslau ca. 250 Tapezierer, während für 61 Gehilfen die Forderungen bereits anerkannt sind. In Nürnberg sind seit dem 1. März alle Tapezierer im Ausstand, weil die Unternehmer sich weigern, eine zeitgemäße Erhöhung der Löhne und Mindestlöhne einzutreten zu lassen. In Köln und Essen führten die Verhandlungen gleichfalls zu keinem Resultat. Die Unternehmer weigern sich, eine weitere Verklärung der Arbeitszeit und die geforderte Festlegung der Mindestlöhne für ältere Arbeiter anzuerkennen. In beiden Orten beschlossen am 4. März die Gehilfen, am 5. März die Arbeit einzustellen. Die im christlichen Holzarbeiterverband organisierten Tapezierer schlossen sich dem Ausstand an. Zurzeit schweben noch Verhandlungen in etwa 20 zum Teil kleineren Orten. — Zugang ist ferngehalten nach: Altmühl, Bielefeld, Breslau, Kührin, Formilohd, Emden, Essen, Frankfurt a. d. O., Graudenz, Heidelberg, Herford, Köln, Liegnitz, Nürnberg, Pforzheim und Straßburg i. El.

Der Schuhverband der niederösterreichischen Samt-, Stoffs- und Samtband-Fabrikanten beschloß, eine Stellung aus Bresfeld anzufolge, wegen des Räuberhandels am 23. März alle Arbeiter, 6000 an der Zahl, auszusperren.

#### Ausland.

#### Der Eisenbahnkonflikt in England.

L. K. London, 4. März. Der Konflikt auf der Midland-Eisenbahn ist der Beilegung nicht näher. Dagegen ist die Aufregung der Arbeiter von Tag zu Tag gestiegen. Es erscheint jetzt klar, daß nur die Wiedereinführung des gemäßigten Schwabners Richardson den Ausbruch eines Generalstreiks verhindern kann. Ein Führer der Eisenbahner sagte die Lage zusammen, indem er sagte: „Es gibt keinen Mittelweg zwischen der Wiedereinführung Richardson und dem Generalstreik.“

Die Eisenbahndirektion machte gestern den Versuch, ihr Vorgehen in einer öffentlichen Erklärung zu rechtfertigen. Das wichtigste Argument der Eisenbahndirektion ist die Behauptung, daß das Reglement, das Richardson, trotz dem Befehl eines Vorarbeiters, nicht verlegen wollte, vom Handelsministerium nicht besonders genehmigt war. Die Führer der Eisenbahner antworten heute Punkt für Punkt auf den Rechtfertigungsversuch der Eisenbahndirektion und es ist ihnen ein leichtes, die Unbilligkeit ihrer Argumentation bloßzulegen. Auf den erwähnten Punkt antworten sie, daß die Aufstellung des Handelsministeriums das betreffende Reglement zur Grundlage ihrer Untersuchungen machten, und daß vom März 1910 bis Juni 1912 387 amtliche Untersuchungen stattgefunden haben, bei denen die Eisenbahngesellschaften oder ihre Angestellten für die Nichtachtung dieses Reglements gerügt wurden.

Das Unrecht der Eisenbahndirektion liegt so klar zutage, daß kein einziger Mann sie zu verteidigen mag. Wir haben den beispiellosen Anblick, daß die gesamte Presse die Eisenbahndirektion beschuldert, nachzugeben. Diese macht indessen noch keine Miene dazu, daß die Lage eine äußerst kritische ist, ergibt sich aus einer Rede des Abgeordneten Thomas, des Führers der Eisenbahner, der in Vers erklärte, daß, wenn es zu einem Streik kommen sollte, es ein nationaler Generalstreik sein werde. Er erklärte ferner, daß die Arbeiter einer unparteiischen Untersuchung der Angelegenheit nur dann zustimmen würden, wenn Richardson bereit wieder eingesetzt würde.

Die unerschütterlich der Standpunkt der Arbeiter ist, daß sie sich darauf freuen, daß ein so unentwegter Vertreter der Kapitalisteninteressen wie die Times sich heute folgendermaßen äußert: „All dies läßt auf das Vorhandensein irgendeines bestimmten förmlichen Einflusses schließen, und dieser kann nicht schlechter auf das Werk von Kapitalisten zurückgeführt werden. Kapitalisten müssen etwas haben, worauf sie sich stützen können. Die große Masse unserer Arbeiter besteht nicht aus Extremisten oder aus Revolutionären; sie wollen nicht immerfort streiken und gegenwärtig ist sogar ganz beachtlich ein allgemeines Ueberstreben gegen den Beginn eines großen Konflikt zu beobachten. Die Eisenbahngewerkschaft hält den Konflikt eher zurück als ihn vorwärts zu treiben. In diesem Zustand verhältnismäßiger Ruhe wäre es der Gipfel der Torheit, den Extremisten in die Hände zu arbeiten und die Masse der maßvollen Arbeiter in ihre Arme zu treiben. . . . Es ziemt dem Unternehmer nicht, über Bedingungen zu feilschen, die sie gewöhnen können, oder friedfertige Leute durch harte Behandlung zur Revolte zu treiben.“

Das Handelsministerium soll die ganze Angelegenheit mit großer Aufmerksamkeit verfolgen. Bisher hat man jedoch keine greifbaren Maßnahmen dieser Tätigkeit bemerkt.

London, 6. März. Die Erhätte der Verbände der Eisenbahngewerkschaften nahm gestern abend u. a. eine Resolution an, in der eine Wiedereinstellung des entlassenen Eisenbahngewerkschaften Richardson gefordert wird.

Nach anderen Meldungen sollen jetzt Verhandlungen mit der Direktion eingeleitet sein.

Konkurrenzlos ist nur Täglich 8.30 Uhr

**Tymians** **Thalia** **Theater**

Dresden-N. Görlitzer Str. 6. Stalk Sa. 7. Teleph. 4888

Samstag 3 Vorstellungen: Um 11, 4 u. 8 Uhr. Zum Frühstücken 10 u. 30 Pf. Eintritt. Donnerstag: „Bismarck“.

Vorgangl. Soße u. Comel. nachm. gütig.

Gerichtszeitung.

Militärgericht.

Veruchte Selbstverwundung oder unerlaubte Entfernung?

Der Soldat Klemm vom Infanterie-Regiment Nr. 182, der erst im vergangenen Herbst eingestellt worden ist, erhielt vom 28. bis mit 29. Dezember Weihnachtserurlaub zu seinen Eltern. Am 29. Dezember — an diesem Tage sollte er in seine Garnison zurück — besuchte er einen in der Nähe wohnenden Onkel, von wo er dann mit dem gleichaltrigen Vetter nach der nahe gelegenen Stadt fuhr. Hier ließ er sich von seinem Vetter ein Pistol kaufen. Nachdem sich beide getrennt, ging Klemm in einen Steinbruch, und schloß sich mit dem Pistol in das linke Bein unterhalb des Knies. Trotz der erheblichen Verletzung war Klemm noch in der Lage, sich in die elterliche Wohnung zu begeben. Vier Monate er von der Verletzung sofort Mitteilung, gab aber an, er sei in der Nähe eines großen Gebäudes angeschlossen worden. Die Eltern überzeugten sich von der Verletzung und zogen einen Arzt herbei, der dann auch einen Notverband anlegte, den Tatbestand aufnahm und die Einweisung in das Krankenhaus anordnete. Von hier wurde Klemm am 2. Januar in das Lazarett der Garnison übergeführt. Die Heilung machte gute Fortschritte und schon einige Zeit danach konnte Klemm als völlig dienstfähig dem Truppenteil zugewiesen werden. Die Militärbehörde mißtraute aber von Anfang an seiner der unsterblichen Sache, daß er den Schuß ins Bein abgegeben hat, um sich durch Selbstverwundung der gesetzlichen Dienstpflicht zu entziehen. Da aber eine Dienstunfähigkeit nicht eingetreten ist, liegt nur veruchte Selbstverwundung vor. Diese Annahme gründete sich in der Hauptsache darauf, daß K. in seiner Stellung lange aufgehalten hat und er früher geäußert haben soll, es gehe ihm nicht besonders beim Militär. Bei allen Verhörungen blieb K. dabei, daß er gelassen worden sei. Später erst gab er, in die Enge getrieben, dem Festworte gegenüber zu, daß er sich selbst geschossen habe, er will das aber nur getan haben, um seinen Urlaub durch die Verletzung zu verlängern. Auf diese eigenartige Weise ist K. auch tatsächlich einige Tage länger dem Dienst ferngeblieben, wenn er auch nicht davon gelobt hat. Die Militärbehörde ließ aber den Verdacht der veruchten Selbstverwundung nicht fallen, nahm K. in Haft und stellte ihn unter Anklage. Vor Gericht bestritt K. entschieden, eine Selbstverwundung beabsichtigt zu haben, er habe den Schuß ins Bein nur abgegeben, um dann etwas länger bei seinen Eltern bleiben zu können, da ihm das lange war. Trotz des großen Zeugenapparates wurde nicht Belastendes jutage gefordert; immerhin beantragte der Ankläger 4 Monate Gefängnis und Verurteilung in die 2. Solbatenklasse. Das Gericht beurteilte den Angeklagten wegen unerlaubter Entfernung von der Truppe — herbeigeführt durch die Verletzung — zu 8 Wochen mittleren

Kreft. Veruchte Selbstverwundung hat das Gericht nicht angenommen und in diesem Punkte auf Freisprechung erkannt.

Parteiangelegenheiten.

Den „Staatsdienern“

leistete am Dienstag in der Stadtverordnetenversammlung zu Frankfurt a. M. der zum Stadtrat gewählte Genosse Herms Schmidt, Oberbürgermeister Voigt, der den neuen Stadtrat „in Eid und Pflicht“ nahm, und auch der Stadtverordneten-Vorsitzer Geh. Justizrat Friedleben hoben in ihren Begrüßungsworten die bisherige objektive und erfolgreiche Tätigkeit unserer Genossen anerkennend hervor, die die beste Gewähr bieten, daß Schmidt auch im Magistrat der Stadt gute Dienste leisten werde.

Ein Parteisekretär

für die Wahlkreise Lütz-Niederung, Wemmel-Heubekrug, Ragnitz-Biskalien, mit dem Wohnsitz in Lütz, wird gesucht. Gehalt 2200 Mark. Meldungen erbeten an das Bezirkssekretariat in Königsberg i. Pr., Hermann Linde, Mühlstraße 24 b.

Genosse Lindemann

erläßt eine Erklärung in der Schwabischen Tagwacht, in der er befreit, daß eine Verleumdung über die Entfernung aus der Sitzung getroffen war. Er sagt dann weiter: „Wenn die Erwartung ausgesprochen wird, daß künftig jedes fraktionsmäßig ohne Ausnahme bei gemeinsamen Aktionen der Genossen sich beteiligen wird, kann man dem Wunsch, der darin ausgesprochen wird, sich ohne weiteres anschließen unter der einen Voraussetzung, daß der Charakter der Aktionen jedem fraktionsmäßig gestattet, sich ihnen anzuschließen. Einen Zwang zur Teilnahme spricht die Mitteilung nicht aus — mit Recht, da sich die Mehrheit der Rathhausfraktion andererseits mit der bisher üblichen Praxis der Partei in Widerspruch stellen würde. Wenn man bisher der einen Seite, sehr radikalen Parteigenossen gestattet hat, sich so wichtigen politischen Aktionen, wie zum Beispiel Abstimmungen über das Elsaß-lothringische Verfassungsreferendum u. a., von der Eröffnungsitzung des württembergischen Landtags im Gegensatz zu der Mehrheit der Fraktionen fernzuhalten, wie kann man mir in dem heralich unbedeutenden Fall der Wahl eines Stellvertreter des Bürgerausschusses die Verpflichtung auferlegen wollen, in einer bestimmten Sitzung der Kollegen zu erscheinen.“

Briefkasten.

N. R. 84. 1. Ob Sie mit einer Klage Erfolg haben würden, läßt sich im voraus nicht sagen. Das Verhalten der Firma scheint allerdings sehr ansehnlich zu sein. 2. Wir glauben kaum. W. R. W. C. 3 bedeutet: Krankheiten der Haut und ihrer

Gebilde. Im übrigen haben Sie offenbar die Zeichen falsch wieder gegeben.

N. 3. Dresden-R. 1. Wenn Sie bisher nicht versicherungspflichtig waren, gebühren Sie in die neue Privatbeamtenversicherung. 2. Auch die mündliche Vereinbarung ist gültig. 3. Ganz klar geht das aus dem Arbeitsverhältnis selbst hervor; es ist also abzweifelhaft.

Bereinstimmender für Freitag.

4. Kreis, Bez. Dresden-R. Abends 9 Uhr Mitgliederversammlung in d. Saxonialäden, Klammstraße. — Gruppe Klafsch. Sigmund-Brande d. Goldmetallindustrie. Abends 7 1/2 Uhr Branchenversammlung im Reinen Volkshausaal.

Victoria-Salon, Waisenhausstr. 28

Der Balkan-Krieg

lebende Kolossal-Schlachtenbilder; Dagmar Hansen; Pöschel; Vega-Trio; Margot de Vairo; Voigt; Brothorn Bollestr.; 7 Wilhelminas; Madame Regia; Kino. Anfang 8 Uhr. Sonn- u. Feiertage 4 Uhr (ermäß. Preise) u. 8 Uhr. Theater-Tunnel: Ensemble „Guthenas“. Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntags 8 Uhr.

Musenhalle

Einziges Varieté und Volks-Theater des Westens.

Täglich abends 8 Uhr:

Prechtel à la Hartstein

der rheinische Purlentomiker mit seinem Ensemble. Gutes neues Programm! Neue Schläger! Papa Schwiegersohn, Purlente! So hat man Der Herr Rentier, Puffe noch nicht gelacht! Außerdem der vorzügliche neue Solololi. Frimmel?? Sonntags 11-1 Uhr: Matinee, Kino-Einlagen 4-7 Uhr: Puffe Programm. 1 Kindm. Eltern frei! 8-11 Uhr: Abend-Vorstellung. Varietebesucher: Sonntags u. Montag freien Eintritt in den Ball-Saal! K 4



Billige Seefische in nur la Qualität!

ff. Kabeljau, ohne Kopf im Anchnitt 22 Pf. | ff. Helgol. Schellfisch, Pfund 24, 33, 42, 50 Pf. | ff. Schellfisch, ohne Kopf 40 Pf. ff. Fisch-Filet, ohne Haut und ohne Gräten, pfannenfertig zubereitet, Pf. 60 Pf. Bestellungen ohne Preisaufschlag frei Haus.

Telephon 1034

Dresdner Fischhallen Webergasse 17.

Jakob Kranz Fleisch auf Schänke Könnertstr. 17, Tel. 1202 hält sich zur Einfuhr best. empf.

E. Schurigs Restaur. 14 Stiftstraße 14 Grosser Mittagstisch. Freitag: 749. Schlachtfest Verkehrs-Lokal für Modellisten.

Bade-Anstalt PLAUEN Lieferant sämtl. Krankenkassen Bäder aller Art E. Bräsewitz Gitterstrasse 18

Achtung! Morgen Freitag und Samstag wird Wohnstr. 52, direkt an der Leipziger Straße (B 886 ein großer Polter Schweine versendet, a Pf. von 70 Pf. an.

Hebrils Prokläre „Stabendes Beer und Volkswehr“ wird zu kaufen gesucht. Abzugeben Volks-Buchhandlung.

Fahrrad gut erb., für nur 20 Mk. an vert. Wohnstr. 18, p. 1. Eiser- und Konfirmationsarten entspricht in jeder Beziehung für Wiederwert. Fr. Staunbe, Hörsingergasse 14. (B 378)

Fahrrad, Botsch. ml. Matr. u. Kinderkorb für. Tel. a. of. Drehgasse 7, 4. Herrschal. g. r. Herrenkleider vert. bilig. Weiler, Zrebogasse 8, 1.

Rad (Strommotor), 340 Mk., n. neu. p. vert. Oppellstr. 18, 1. M. (B 77)

Gebr. Möbel (Teils.) an vt. Weillbarsir. 22, R. p. (B 988)

Gelegenhelkauf! Vogt, Pläntz. Marktgeschäfte 6 Ude. Glatz 33 R. nur 18 R. Volkshandlung, St. Jungstr.

Advertisement for Palmona butter featuring an illustration of a woman and a child. Text: 'Von meinen besten Küchertaten Sei hier jetzt ein Rezept vonater Für Toegebäck, so knusprig Locker, Als wars vom besten Zuckerbäcker: Palmonabutter rührt man ein halbes Pfund recht schaumig an, Lügt Pulverzucker langsam bei (Ein halbes Pfund) bis glatt der Brei Dann gibt man auch noch Mehl dazu (Ein halbes Pfund) und rührt im Nu Von sieben Eiern Schnee hinein Etwas Vanille, so schmeckt es fein. Dann lässt auf Blech der Teig manstößen Portionenweis und bäckt dann davor Ja nicht zu jäh, das ist sehr wichtig, Denn so allein gelingt es richtig! Palmona = Pflanzenbutter-Margarine wird nur von H. Schlinch D.S.A.G. hergestellt. Hamburg'

Kino Leuben-Laubegast

empfiehlt sich einer geneigten Beachtung. Die Direktion.

Advertisement for Robert Eger & Sohn, Königs-Johann-Str. Tüchtige Hosenschneider für feinste Massarbeit außer dem Hause suchen sofort (A 20/10)

Agent a. jedem Ort gesucht Nähmaschine, noch gut geb. H. Jürgensen & Co. Jägerstr. 22. für 30 Mk. zu vert. Dresden. Jägerstr. 22. Hambrag 22. Berger Str. 27, 2. Etz. (B 874)

Advertisement for Johanna Tannert. Text: 'Für die zahlreichen Beweise ungestörter Teilnahme und den reichen Blumenkranz beim Hinscheiden unserer unvergesslichen Mutter Johanna Tannert drängt es uns, allen Verwandten, Bekannten und Hausbewohnern hiermit herzlich zu danken. Besonderen Dank der Kunsthandl. Herrn Adolf Rahn, den Gewerkschafts- und Parteigenossen, dem Personal der Waisenhaus-Druckerei für das bereitwillige Tragen zur letzten Ruhestätte und Herrn Pfarrer Wolf für die trostreichen Worte am Grabe. Die Heilwassernden Hinterbliebenen. Dresden, den 5. März 1913. (B 884)

Advertisement for Anna Dressel geb. Rabovsky. Text: 'Für die zahlreichen Beweise der Liebe und Teilnahme durch Wort und Schrift, den herrlichen Blumenkranz und das ehrende Geleit zur letzten Ruhestätte meiner lieben Frau, unserer vergessenen Mutter Anna Dressel geb. Rabovsky sprechen wir hiermit allen lieben Freunden, Verwandten und Bekannten sowie unseren lieben Hausbewohnern von Adolph und Gotta unseren innigsten Dank aus. Derelichen Dank auch Herrn Pfarrer Raube für die tröstlichen Worte am Grabe unserer lieben Entschlafenen. Tragott Dressel, Wädelmeister Erna und Gerhard Dressel als Kinder. K 281]

Reichstag.

126. Sitzung, Mittwoch, den 5. März, nachmittags 2 Uhr.

Zum Bundesratspräsidenten: v. Tirpitz.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort:

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz (die Abgeordneten erheben sich von den Bänken): Ich habe dem hohen Hause die

126. Sitzung, Mittwoch, den 5. März, nachmittags 2 Uhr.

Zum Bundesratspräsidenten: v. Tirpitz.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort:

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz (die Abgeordneten erheben sich von den Bänken): Ich habe dem hohen Hause die

126. Sitzung, Mittwoch, den 5. März, nachmittags 2 Uhr.

Zum Bundesratspräsidenten: v. Tirpitz.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort:

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz (die Abgeordneten erheben sich von den Bänken): Ich habe dem hohen Hause die

126. Sitzung, Mittwoch, den 5. März, nachmittags 2 Uhr.

Zum Bundesratspräsidenten: v. Tirpitz.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort:

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz (die Abgeordneten erheben sich von den Bänken): Ich habe dem hohen Hause die

126. Sitzung, Mittwoch, den 5. März, nachmittags 2 Uhr.

Zum Bundesratspräsidenten: v. Tirpitz.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort:

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz (die Abgeordneten erheben sich von den Bänken): Ich habe dem hohen Hause die

126. Sitzung, Mittwoch, den 5. März, nachmittags 2 Uhr.

Zum Bundesratspräsidenten: v. Tirpitz.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort:

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz (die Abgeordneten erheben sich von den Bänken): Ich habe dem hohen Hause die

126. Sitzung, Mittwoch, den 5. März, nachmittags 2 Uhr.

Zum Bundesratspräsidenten: v. Tirpitz.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort:

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz (die Abgeordneten erheben sich von den Bänken): Ich habe dem hohen Hause die

126. Sitzung, Mittwoch, den 5. März, nachmittags 2 Uhr.

Zum Bundesratspräsidenten: v. Tirpitz.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort:

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz (die Abgeordneten erheben sich von den Bänken): Ich habe dem hohen Hause die

126. Sitzung, Mittwoch, den 5. März, nachmittags 2 Uhr.

Zum Bundesratspräsidenten: v. Tirpitz.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort:

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz (die Abgeordneten erheben sich von den Bänken): Ich habe dem hohen Hause die

126. Sitzung, Mittwoch, den 5. März, nachmittags 2 Uhr.

Zum Bundesratspräsidenten: v. Tirpitz.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort:

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz (die Abgeordneten erheben sich von den Bänken): Ich habe dem hohen Hause die

126. Sitzung, Mittwoch, den 5. März, nachmittags 2 Uhr.

Zum Bundesratspräsidenten: v. Tirpitz.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort:

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz (die Abgeordneten erheben sich von den Bänken): Ich habe dem hohen Hause die

126. Sitzung, Mittwoch, den 5. März, nachmittags 2 Uhr.

Zum Bundesratspräsidenten: v. Tirpitz.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort:

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz (die Abgeordneten erheben sich von den Bänken): Ich habe dem hohen Hause die

126. Sitzung, Mittwoch, den 5. März, nachmittags 2 Uhr.

Zum Bundesratspräsidenten: v. Tirpitz.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort:

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz (die Abgeordneten erheben sich von den Bänken): Ich habe dem hohen Hause die

126. Sitzung, Mittwoch, den 5. März, nachmittags 2 Uhr.

Zum Bundesratspräsidenten: v. Tirpitz.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort:

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz (die Abgeordneten erheben sich von den Bänken): Ich habe dem hohen Hause die

126. Sitzung, Mittwoch, den 5. März, nachmittags 2 Uhr.

Zum Bundesratspräsidenten: v. Tirpitz.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort:

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz (die Abgeordneten erheben sich von den Bänken): Ich habe dem hohen Hause die

126. Sitzung, Mittwoch, den 5. März, nachmittags 2 Uhr.

Zum Bundesratspräsidenten: v. Tirpitz.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort:

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz (die Abgeordneten erheben sich von den Bänken): Ich habe dem hohen Hause die

126. Sitzung, Mittwoch, den 5. März, nachmittags 2 Uhr.

Zum Bundesratspräsidenten: v. Tirpitz.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort:

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz (die Abgeordneten erheben sich von den Bänken): Ich habe dem hohen Hause die

126. Sitzung, Mittwoch, den 5. März, nachmittags 2 Uhr.

Zum Bundesratspräsidenten: v. Tirpitz.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort:

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz (die Abgeordneten erheben sich von den Bänken): Ich habe dem hohen Hause die

126. Sitzung, Mittwoch, den 5. März, nachmittags 2 Uhr.

Zum Bundesratspräsidenten: v. Tirpitz.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort:

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz (die Abgeordneten erheben sich von den Bänken): Ich habe dem hohen Hause die

126. Sitzung, Mittwoch, den 5. März, nachmittags 2 Uhr.

Zum Bundesratspräsidenten: v. Tirpitz.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort:

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz (die Abgeordneten erheben sich von den Bänken): Ich habe dem hohen Hause die

126. Sitzung, Mittwoch, den 5. März, nachmittags 2 Uhr.

Zum Bundesratspräsidenten: v. Tirpitz.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort:

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz (die Abgeordneten erheben sich von den Bänken): Ich habe dem hohen Hause die

126. Sitzung, Mittwoch, den 5. März, nachmittags 2 Uhr.

Zum Bundesratspräsidenten: v. Tirpitz.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort:

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz (die Abgeordneten erheben sich von den Bänken): Ich habe dem hohen Hause die

126. Sitzung, Mittwoch, den 5. März, nachmittags 2 Uhr.

Zum Bundesratspräsidenten: v. Tirpitz.

Das Verlangen des Antrages nach Ernteurlaub in größerem Umfange ist eine schwere Aufgabe gegen die bestehende lange Dienstzeit, unter der besonders die häusliche Bevölkerung leidet. Ihnen würde wesentlich mehr als mit den Ernteurlaubern mit einer kürzeren Dienstzeit geholfen werden. Die Ernteurlaubern nützen wesentlich dem Großgrundbesitzer, der dann nicht notwendig hat, durch anständige Bezahlung für einen Stamm guter deutscher Arbeiter zu sorgen. Es zeigt von der Tiefgründigkeit konservativer Betrachtungsweise, daß der konservative Redner als Ursache der Landflucht nur die Vergnügungssucht der jungen Bauernsöhne anzuführen weiß. Sorgen Sie doch erst für gute Wohnungen auf dem Lande. (Rufe rechts.) Es ist noch gar nicht lange her, seit der Kaiser das Wort geprägt hat, auf dem Lande wohnen die Schweine viel besser als die Menschen. (Rufe rechts: In Berlin ebenfalls!) Doch auch in den Großstädten Wohnungselend besteht, besagt niemand mehr wie wir. Wir haben noch nie gewünscht, daß die Landarbeiter in Städten in die Industriegebiete kommen. Wir reden ihnen vielmehr zu, auf dem Lande für bessere Ertragsbedingungen zu sorgen. Leider wird ihnen das durch den Mangel des Koalitionsrechts erschwert. Wer die Landflucht bekämpft, soll nicht von der Vergnügungssucht der Proletarier reden, sondern soll den Agrariern ihre Pflicht vor Augen führen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bei der ungeheuren Steigerung der agrarischen Probleme sollen sie etwas für die Verbesserung der Lage ihrer Leute tun. Statt dessen wollen sie Soldaten zur Ernte haben, vielleicht gar umsonst, bei den Konservativen weiß man ja nie, wie weit die Begehrtheit geht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir stimmen dem Antrag unter der Bedingung zu, daß die Ernteurlaubern den vollen Lohn bekommen, wie andere Arbeiter. (Rufe rechts: Sie bekommen mehr!) Ich nehme davon Notiz; es ist aber angebracht, das hier zu betonen. Die kleinen Landwirte würden allerdings mehr von der Verkürzung der Dienstzeit auch bei den leitenden Truppen haben; wenn die Konservativen sich dagegen wehren, erweisen sie sich trotz ihrer Reden als Bauernsöhne. Auch dagegen müssen Sie im Interesse der kleinen Weibler sich strecken, daß vom Oktober ab 40-50 000 Mann mehr unter die Waffen gerufen werden sollen, von denen ein großer Teil aus der Landwirtschaft genommen wird.

Gegen Punkt 2 des Antrages, der jährlich einmal freie Eisenbahnschiffen für die Militärurlaubern fordert, wird wohl niemand im Hause Widerspruch erheben. Viele Reservisten werden weit fort von der Heimat geschickt, und zwar nur in Rücksicht auf den inneren Feind. Der Soldat soll sich in der Garnison fremd fühlen, damit er leichter gegen die Revolution aufbegehren kann.

Gegen Punkt 1, die Schaffung kleiner Garnisonen, spreche ich mich entschieden aus. In den Gemeindevorteilungen, die die Garnisonen wünschen, ist nur eine interessierte Minderheit vertreten. Der Wehrhaftigkeit dienen die kleinen Garnisonen nicht. Die Antragsteller wünschen einen häufigen Offizierswechsel in den kleinen Garnisonen, wodurch die jetzt schon erheblichen Umlaufkosten noch härter wachsen würden. Ich gebe den Antragstellern zu, daß in Berlin zu viel Militär zusammengebracht ist. Auch das ist nicht aus militärischen Gründen gesehen, sondern aus politischen Rücksichten. Aus solchen Rücksichten hat man ja ein ganzes Regiment Fußaren von Metz nach Berlin mit der Bezeichnung geschickt, um bei einem prinzipiellen Einzug Sozialisten zu bilden. Tausende von Mann hat das gekostet. Wäre ich Monarchist, so würde ich es bedauern, daß sich keine, aber, der der maßgebenden Stelle sagt, wie unangebracht eine solche Maßnahme ist zu einer Zeit, wo alle Welt von Sparmaßnahmen redet. Die Söhne des Volkes sind doch nicht dazu da, Spielzeug für Prinzen abzugeben. (Anrufe bei den bürgerlichen Parteien. Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die wirtschaftlichen Vorteile einer kleinen Garnison erkenne ich nicht an. Nur für die Grundbesitzer ergeben sich Vorteile durch Steigerung der Mieten, die aber die übrigen Einwohner zu zahlen haben. Höchstens könnte man das Argument anführen, man müsse dem Geburtenrückgang entgegenwirken. (Geheul!) Kleine Garnisonen führen zu einer starken Vermehrung der unehelichen Geburten. Aber für die Mehrzahl der Bewohner der kleinen Städte ist das kein Vorteil, denn die Unteroffiziere und Mannschaften zeigen gerade nicht einen besonderen Eifer in der Zahlung von Alimenten. So läuft auch dieses Argument darauf hinaus, daß die Armenhäuser der kleinen Städte wachsen.

Dann will der Redner noch durch Schaffung der kleinen Garnisonen die Sozialdemokratie bekämpfen. Auf diesen alten Vandalenhüter gehe ich nicht ein. Die wachsende Abneigung gegen den Dienst erklärt sich genügend durch die Soldatenscheu und den militärischen Kastengeist. Sorgen Sie mit uns dafür, daß hierin eine Besserung eintritt. Zum Schluß noch einmal: Sie wollen der wachsenden Unzufriedenheit der konservativen Wähler begegnen. Sie würden ihnen vielmehr dienen durch Bekämpfung der Exzessiven, die auf neue Weise Bekämpfung der Militärlosen hinauslaufen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Angerepinner (3.) stimmt dem Antrag zu; insbesondere der Ernteurlaub für Soldaten liegt im Interesse der Landwirtschaft und somit des ganzen Volkes.

Abg. Schulenburg (noll.) erklärt sich mit dem Antrage einverstanden und wünscht überdies Porzöfreiheit für Briefe von Soldaten an ihre Angehörigen.

Abg. Weinhausen (Sp.): Die alte abgegriffene Sache der kleinen Garnisonen scheint man vor den Landtagswahlen wieder hervorgeholt zu haben, weil man glaubt, sie werde gehen. Wir lehnen die kleinen Garnisonen nicht so unbedingt ab wie die Sozialdemokraten und werden auch den anderen Forderungen des Antrages zustimmen. Die Landflucht freilich kann man nicht mit kleinen Garnisonen bekämpfen, sondern nur, wenn man für bessere Existenz der Landarbeiter sorgt. (Sehr richtig! links.)

Abg. v. Derssen (Sp.) empfiehlt die kleinen Garnisonen vor allem mit Rücksicht auf die Kavallerie, die dort mehr Gelände für ihre Übungen zur Verfügung hat.

Die Debatte wird geschlossen. Der Antrag wird in allen Punkten angenommen und mit dem Antrage Behrens einstimmig angenommen mit Ausnahme des Punktes 1 (Schaffung kleiner Garnisonen), der gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen wird.

Es folgen

Petitionen.

Eine Petition der Verpflegungsstationen und des Jentadonhanges der Arbeiterkolonien verlangt reichsgesetzliche Bestimmungen, durch welche die Bundesstaaten zur Vorsee für wachsende Arbeitssuchen verpflichtet werden. Die Kommission beantragt, die Petition, soweit sie reichsgesetzliche Regelung der Wanderfürsorge verlangt, dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen, soweit sie die Regelung der Bundesstaaten überlassen will, aber sie zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Thöne (So.):

Wir verlangen eine reichsgesetzliche Regelung der Arbeitslosenfürsorge überhaupt, die der Wanderfürsorge allein könnte nur Stückwerk sein. Bei einer reichsgesetzlichen Regelung lediglich der Wanderfürsorge dürften keineswegs die in Provinzen geltenden Bestimmungen als Muster dienen, denn da hält man den Arbeitslosen ganz allgemein für einen Arbeitslosen, man erblickt in ihm nicht den notleidenden Menschen, dem geholfen werden muß, sondern einen heruntergekommenen Bagabunden, ohne daran zu denken, daß selbst in solchen Fällen die lange Arbeitslosigkeit und die Ausschichtslosigkeit, Arbeit zu erhalten, selbst einen tüchtigen Menschen vom rechten Wege abführen können. Draufausliche Strafbestimmungen hat man gegen Arbeitslose in den Wanderarbeitstätten, Arbeitslose, die keine Papiere haben, werden mit Entziehung der Wahlgerechtigkeit und Entziehung des Stimmrechts bestraft. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In den mit den Wanderarbeitstätten verbundenen Kolonien müssen die Leute sich verpflichten, mindestens ein Vierteljahr lang für 30 bis 50 Pf. zu arbeiten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In der Not geht mancher darauf ein, geht er dann aber früher fort, so läuft er Gefahr, als arbeitslos verhaftet zu werden. Es ist unwürdig, die Kolosse der arbeitslosen Wandernden zu deroartigen Verträgen auszuweisen. Also solche Bestimmungen dürfen nicht weiter einer reichsgesetzlichen Regelung sein, die aber, wie gesagt, alle Arbeitslosen umfassen muß; die notwendigen Unterlagen dazu sind längst vorhanden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bernheim (So.):

Die gegenwärtige Art der Wanderfürsorge degradiert die Arbeitslosen; viel wertvoller wäre eine allgemeine Arbeitslosenversicherung.

Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Eine Petition betr. die Festlegung des Osterfestes und eine andere betr. Rechtsverhältnisse der Berufsvereine wird dem Reichskanzler als Material überwiesen, ebenso die Petition betr. Umbenennung des Reiches über die Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften.

Eine Reihe von Petitionen auf Befestigung der konfessionellen Eidesformel, des Zwanges der Dissidentenfinder zum Religionsunterricht und der besonderen Strafbestimmungen bei Religionsänderungen beantragt die Kommission, durch Uebertragung zur Tagesordnung zu erledigen.

Abg. Gröber (B.) bekämpft den sozialdemokratischen Antrag mit dem Hinweis darauf, daß die Petitionen in sich widersprüchlich seien.

Abg. Thiels (So.):

bedrückt, daß hier Widersprüche vorhanden seien, es werde die Aufhebung der besonderen Strafbestimmungen bei Religionsänderungen verlangt, keineswegs die Aufhebung der allgemeinen strafgesetzlichen Bestimmungen.

Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Eine Petition des Deutschen Hochschülerbundes auf Aufhebung des Verbots des Feilhaltens und Verkaufes von Pferdefleisch in Kaminen, wo auch Fleisch von anderen Tieren feilgehalten wird, wird durch Uebertragung zur Tagesordnung erledigt.

Hierauf verlegt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr. (Christliche, Kolonialrat.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Passende Konfirmations-Geschenke in jeder Preislage. Uhren, Ketten, Colliers, Armbänder in geschmackvoller, solider und eleganter Form. H. Lorenz, Frauenstraße 1, Ecke Schöffersasse. Begr. 1890. Nur moderne Muster. Beschuligen Sie meine groß. Auslagen. Konfirmationsstiefel Die größte Auswahl 5.90, 6.50, 6.75, 8.50, 10.50. Jacobs Schuhhäuser Wettinerstr., Ecke Postplatz Amalienstr., Ecke Serrestr. Hauptstrasse 6 Leipziger Str. 83.

Jubilea hochfeinste Margarine der beste deutsche Butterersatz. Ein Delikatess. Jubilea. Ein Delikatess. Jubilea.

Warnung. Jeder Fabrikant od. Händler, der meine Sanassa-Pustendbons fabriziert, bezw. verkauft, macht sich strafbar. Echte Sanassa-Bonbons, vorzügl. bei Husten, Heiserkeit usw., 1/2 Pf. 25 Pf., sind nur zu haben beim allein. Fabrikanten. [A 100] Schokoladen-Hering und in dessen Filialen. Klinge Franck. "Framentor". Paket 75 Pf. Kulturspritzen, Spülkanne. Besatz - Strick, Loh - Strick, sowie alle Frauen - Artikel. Nur bessere Ware! R. Freisleben Postplatz. N. N. Man achte auf Fräulein.

Empfehle meine Zigarren nur eigen. meine Zigarren nur eigen. meine Zigarren nur eigen. K. Scheffler, Kesselfeigerstr. 14.

Holzpanntoffel. Möbeltransport. Schmeideberg, Bez. Dresden. [B 273].

Empfehle meine Zigarren nur eigen. meine Zigarren nur eigen. meine Zigarren nur eigen. K. Scheffler, Kesselfeigerstr. 14.

4. Klasse 163. A. S. Landes-Lotterie.

Die Nummern, welche gezogen sind, sind mit 300 Kreuz gezogen worden. (Die Gesamtzahl der Nummern ist 100000.)

Ziehung am 5. März 1913.

Table of lottery numbers for the 4th class of the 163rd A.S. State Lottery, listing various winning numbers and their corresponding prizes.

Table of lottery numbers for the 4th class of the 163rd A.S. State Lottery, continuing the list of winning numbers and prizes.



Straussfedern

Die prima beste Strausfedern kosten: ca. 35 cm lg., 20 cm br. 9.-

Table listing prices for various types of feathers (Straussfedern) in different quantities and sizes.

Herren

Welche Wert auf elegante Garderobe legen, bieten sich Gelegenheit, in der 'Blitz'-Reinigungsanstalt...

Gäse! Gäse!

Freitag den 7. und am Sonnabend den 8. März kommt in der Kristalleisfabrik und Kühlhallen...

Waggon Fahrräder

200 Stück aus besten nahtlosen Stahlrohren, mit Innenstütze, Original-Bindegewand...

Militär-Stiefel

Schnürschuhe, Tuchhosen, Drillhosen, Drilllehrböcke, Litewken, Zeitplanen...

Versandhaus + Amor

Hygien. Frauenartikel, Gummivarren, Mutterspritzen, nur Frauenstr. 8 u. 10. I.

Möbel

Kompl. Wohnungs-Einrichtungen, einzelne Tischler- u. Polsterarbeiten...

Oswald Mächts

Dauer-Wäsjde, enorm billig, R. Freisleben, Postplatz.

Herren

chemisch gereinigte Maß-Anzüge, 10, 15, 20 W. u. W., Maß-Paletots...

Herren-Wäsche

Krawatten, diverse Anzüge, läuft man am billigsten bei E. Köhler...

Paul Beger

Mitgebrachte Stoffe, verarbeitet nach neuester Methode...

Gesangbücher

Konfirmationskarten u. -gedichte, alle Schulbücher, Schul- u. Lehrerartikel...

Netzbettstellen

Klappstühle, Klappbetten, billiger wie im Laden...

Kleian's

Paddingpulver, Kleian's, Dresden, Friedrichstr. 11.

Advertisement for 'Jasmatti-Dubec' cigarettes, featuring an image of the cigarette pack and text: 'Verlangen Sie die 2 1/2 Pf.-Cigarette Jasmatti-Dubec...'.

Advertisement for 'Hilma Schön' clothing, including 'Konfirmations-Wäsche', 'Pa. Duger Mittelkohlse', and 'Pa. Offegger Hochglanzkohlse'.

Advertisement for 'Wiener Glühlichter Schuhmeier-Nummer', featuring illustrations of shoes and text: 'Wir empfehlen: Wiener Glühlichter Schuhmeier-Nummer...'.

Advertisement for 'Krausses Fahrradhaus', featuring an image of a bicycle and text: '200 Stück aus besten nahtlosen Stahlrohren...'.

Advertisement for 'Husten, Natarth ufm. nicht jedes Bonbon einreden', featuring an image of a box of cough lozenges.

Advertisement for 'Kleian's' products, including 'Kleiderweihnachten', 'Tränkners Möbelhaus', and 'Kleian's Paddingpulver'.

Wannern eigenartige Hauptstadt stellen. ... (Text continues with a description of a city or region, mentioning its location and characteristics.)

**Erbsünde** Eine neue Erklärung der Erbsünde. Seitdem eine früher weit hinhin Verpflanzung in den höheren Ständen der weltlichen Weltklasse ... (Text discusses the concept of original sin and its implications in society.)

**Kleine Mitteilungen** Die Katholische Filmkommission ... (Short news items and announcements.)

Der Leiter der Expedition nach Spitzbergen ... (News about an expedition to Spitzbergen.)

Das letzte Drama von Alfred Schreyer ... (Review or news about a play by Alfred Schreyer.)

Das Schicksal der ... (Text discussing a specific event or person's fate.)

Die ... (Text discussing a specific event or person's fate.)

Die ... (Text discussing a specific event or person's fate.)

Die ... (Text discussing a specific event or person's fate.)

... (Text discussing a specific event or person's fate.)

**Wichtiges** ... (Text discussing a specific event or person's fate.)

**Wetter** ... (Text discussing a specific event or person's fate.)

**Dresdner Kalender** ... (Text discussing a specific event or person's fate.)

... (Text discussing a specific event or person's fate.)

... (Text discussing a specific event or person's fate.)

... (Text discussing a specific event or person's fate.)

... (Text discussing a specific event or person's fate.)

... (Text discussing a specific event or person's fate.)

... (Text discussing a specific event or person's fate.)

**Jugend-Bildungsverein** ... (Text discussing a specific event or person's fate.)

### Humanität

Von Maximilian ...

... (Text of the Humanität article.)

... (Text of the Humanität article.)

... (Text of the Humanität article.)

... (Text of the Humanität article.)

... (Text of the Humanität article.)

... (Text of the Humanität article.)

... (Text of the Humanität article.)

... (Text of the Humanität article.)

... (Text of the Humanität article.)

... (Text of the Humanität article.)

### Die Phantasia

Eine Geschichte von ...

... (Text of the Phantasia article.)

... (Text of the Phantasia article.)

... (Text of the Phantasia article.)

... (Text of the Phantasia article.)

... (Text of the Phantasia article.)

... (Text of the Phantasia article.)

... (Text of the Phantasia article.)

... (Text of the Phantasia article.)

... (Text of the Phantasia article.)

... (Text of the Phantasia article.)

... (Text of the Phantasia article.)

... (Text of the Phantasia article.)

... (Text of the Phantasia article.)

... (Text of the Phantasia article.)

... (Text of the Phantasia article.)

... (Text of the Phantasia article.)

... (Text of the Phantasia article.)

... (Text of the Phantasia article.)

... (Text of the Phantasia article.)

... (Text of the Phantasia article.)

... (Text of the Phantasia article.)

... (Text of the Phantasia article.)

... (Text of the Phantasia article.)

